

HSFK-Report Nr. 9/2011

Geteilt vereint

Konfliktlinien und Lösungsansätze in Jerusalem

Svenja Gertheiss

© Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)

Adresse:

HSFK · Baseler Straße 27–31 · 60329 Frankfurt am Main

Telefon: +49(0)69 95 91 04–0 · Fax: +49(0)69 55 84 81

E-Mail: gertheiss@hsfk.de · Internet: www.hsfk.de

ISBN: 978-3-942532-38-9

Euro 6,-

Zusammenfassung

Die Frage, wie in einem möglichen Friedensvertrag zwischen Israel und den Palästinensern mit der Heiligen Stadt Jerusalem verfahren werden soll, hat sich bislang als Stolperstein in allen Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien erwiesen. Jeder Lösungsvorschlag steht dabei vor der doppelten Herausforderung, sowohl die starke emotionale Bindung der beiden nationalen Kollektive als auch die komplexe und sich stetig wandelnde Realität vor Ort in Rechnung stellen zu müssen. Derzeit ist die Situation im Konflikt insgesamt, und ganz besonders in Jerusalem hochgradig polarisiert, d.h. die Konfliktparteien interpretieren jede Handlung des „Anderen“ als feindseligen Akt. Kompromisse sind in einer solchen Lage kaum möglich, da jedes eigene Nachgeben als Gewinn des Gegners gewertet wird.

Der Report hat sich zum Ziel gesetzt, diesen Prozess der Polarisierung in und um Jerusalem nachzuzeichnen. Anschließend analysiert er existierende Lösungsvorschläge in Hinblick auf ihre Eignung, sowohl Möglichkeiten zur Depolarisierung wahrzunehmen bzw. zu schaffen als auch die entstandenen Fakten vor Ort zu berücksichtigen. Zu diesem Zweck stellt der Report zunächst in den Theorien der Internationalen Beziehungen sowie der Friedens- und Konfliktforschungen vorhandene Mechanismen vor, die Polarisierungsprozesse erklären können und Möglichkeiten zu ihrer Überwindung bereithalten. Daran anknüpfend wird gezeigt, inwiefern sich diese Mechanismen in Jerusalem seit Beginn des israelisch-arabischen Konfliktes offenbart haben. Grundlage für den Polarisierungsprozess stellt dabei die religiöse Bedeutung dar, die Jerusalem für Juden, Christen und Muslime besitzt. Bereits in der Zeit des Britischen Mandats (1922-1948) spielte die Möglichkeit eine große Rolle, die Heiligen Stätten im Sinne politischer Ziele zu instrumentalisieren. Auf palästinensischer Seite konnten so traditionelle Eliten die breite Bevölkerung im Sinne der arabisch-palästinensischen Nationalbewegung mobilisieren. Innerhalb der jüdischen Gemeinde nutzte vor allem die Minderheit der zionistischen Revisionisten Vorfälle an den Heiligen Stätten, um innenpolitisch Kapital zu schlagen und die linke Mehrheit um David Ben Gurion unter Druck zu setzen. Durch den ersten arabisch-israelischen Krieg kam es in der Stadt schließlich zu einer erzwungenen Teilung: Israel übernahm den Westteil der Stadt, Jordanien den Osten inklusive der Altstadt, in der die Mehrzahl der Heiligen Stätten liegt.

1967 wurde auch in Jerusalem, wie im gesamten Nahen Osten, zum Jahr des Wandels. Mit dem Sieg im Sechstagekrieg eroberte Israel neben anderen palästinensischen und arabischen Gebieten die Heilige Stadt, die 1980 schließlich formal annektiert und per Gesetz zur ewigen und unteilbaren Hauptstadt des Staates Israels ernannt wurde. In der israelischen Bevölkerung und Politik löste der Sieg im Juni-Krieg von 1967 einen psychischen Wandel aus. Es erschien nicht länger vorstellbar, dass Jerusalem jemals wieder aufgegeben oder geteilt werden könnte. Seither ist folglich keine israelische Regierung in substantielle Verhandlungen über diesen Konfliktgegenstand eingetreten. Darüber hinaus wurden Maßnahmen eingeleitet, die das physische Gesicht der Stadt nachhaltig verändert haben: Das Stadtgebiet wurde erheblich erweitert, neue jüdische Stadtviertel entstanden in den annektierten Gebieten. Hinter diesen Siedlungsinitiativen

stehen auch strategische Überlegungen. Langfristig entsteht ein Ring um die arabischen Viertel in Ostjerusalem, der sowohl die militärische Verwundbarkeit der Stadt verringern soll, als auch die Jerusalemer Palästinenser von denen im Westjordanland trennt. So wird das arabische Jerusalem Schritt für Schritt aus dem politischen, sozialen und ökonomischen Gefüge der Palästinenser herausgelöst. Als Folge der Zweiten Intifada (2000-2005) wird dieser Prozess durch die Errichtung der Sperranlage (seit 2002) durch Israel noch verschärft.

Gleichzeitig blieb die identitäre Bindung der Palästinenser an Jerusalem bestehen. Vor allem in den 1980er Jahren drückte sich dies in der Gründung von Institutionen in Ostjerusalem aus, die politisch fest im nationalen palästinensischen Diskurs verankert waren. So wurde Ostjerusalem während der Ersten Intifada (1987-1993) das wichtigste Verbindungsglied zwischen den Aktivisten in den besetzten Gebieten und der PLO-Führung in der Diaspora. Mit dem Oslo-Prozess und der Rückkehr der politischen Eliten nach Palästina verlor Ostjerusalem jedoch an Bedeutung. Außerdem führte die Nähe zur Besatzungsmacht zu einer zwiespältigen Lage: Einerseits war die israelische Kontrolle besonders eng und die arabische Bevölkerung ist von weitreichender Diskriminierung betroffen, u.a. in Bezug auf die Erteilung von Baugenehmigungen für private, aber auch für öffentliche Gebäude wie z.B. Schulen. Andererseits brachte der Sonderstatus, den die Palästinenser in Ostjerusalem besitzen, gegenüber denen in den anderen besetzten Gebieten auch Vorteile mit sich, vor allem in Bezug auf Meinungs- und Bewegungsfreiheit und ökonomische Vorteile wie israelische Arbeitsgenehmigungen und die Mitgliedschaft im Sozialversicherungssystem. Auch auf Grund dieser Möglichkeiten, in Verbindung mit den durch Israel geschaffenen physischen Hindernissen, kam es zu Entfremdungsprozessen zwischen Palästinensern in- und außerhalb der Stadt. Allerdings konnten insbesondere religiöse Akteure weiterhin die Mobilisierungskraft der heiligen Stätten nutzen, um innenpolitisch ihre Stellung zu verbessern und Anhänger hinzuzugewinnen. Insofern überrascht es nicht, dass Jerusalem während der Zweiten Intifada zu einem Zentrum palästinensischer Anschläge wurde, die jedoch meist von außerhalb der Stadt initiiert wurden.

So lassen sich auch in den Entwicklungen seit 1967 Mechanismen der Polarisierung feststellen, wie sie von den verschiedenen theoretischen Ansätzen konzeptionalisiert werden: Sozial-psychologische Theorien verweisen auf die Verselbstständigung der „Wir-gegen-sie“-Logik, die in Jerusalem heute zu beobachten ist. Alle Ereignisse, etwa der Bau einer Straßenbahnlinie, werden beinahe ausschließlich als politische Instrumente zur Unterdrückung bzw. Delegitimierung des jeweils „Anderen“ wahrgenommen. Gleichzeitig wird offenbar, wie Jerusalem auf Grund seiner hohen historisch-kulturellen Bedeutung immer wieder Möglichkeiten und Anreize gerade für marginalisierte Gruppen bietet, politische Prozesse in Richtung der eigenen Agenda zu verschieben. Die israelischen Siedlungsaktivitäten sind ein hervorstechendes Beispiel, aber auch extremistische palästinensische Gruppen wurden vor allem in Jerusalem aktiv, um ihr Prestige innerhalb der palästinensischen Nationalbewegung zu steigern. Hierfür bietet die Konzentration von Anschlägen in Jerusalem während der Zweiten Intifada ein starkes Indiz. Instrumentelle Ansätze bieten für solche Dynamiken gute Erklärungsmuster.

Alle Lösungsvorschläge müssen daher einen Weg finden, solche Entwicklungen zu durchbrechen und eine Entpolarisierung der kollektiven Identitäten zu ermöglichen. Der Report nimmt mit den Clinton-Parametern, der Genfer Initiative (GI) und dem Old City Special Regime (OCSR) drei prominente Vorschläge auf. Alle sehen eine Teilung der Souveränität in der Stadt vor, die im Rahmen eines umfassenden Friedensvertrages erreicht werden soll. Jerusalem soll Hauptstadt zweier Staaten werden. Dafür würde Palästina die Hoheit über die arabischen Viertel erhalten, Israel über die (meisten) der jüdischen. So würde den identitären Bindungen der Konfliktparteien Rechnung getragen. Allerdings sitzt der Teufel hier im Detail: Uneinigkeit herrscht in der Frage, ob die physische Staatsgrenze innerhalb der Stadt oder um die Stadt herum verlaufen sollte. Auch in Bezug auf die Souveränitätsentscheidung über die Heiligen Stätten besteht keine Einigung. Während Clinton-Parameter und v.a. die sehr detailreiche Genfer Initiative sofort eine rechtlich eindeutige Aufteilung vornehmen wollen, ermöglicht das OCSR einen graduellen Ansatz: Zunächst sollen Entscheidungen über die Verwaltung der Altstadt getroffen werden, endgültige Entscheidungen über die Souveränität können die Konfliktparteien verschieben, bis sich ein entsprechendes Vertrauensverhältnis etabliert hat. So kann ein langfristiger Entpolarisierungsprozess gefördert werden.

Letztlich ist jede Entscheidung für einen Lösungsvorschlag mit hohen Risiken verbunden. Vor allem radikalen Gruppen könnten, wie in der Vergangenheit bereits geschehen, die Mobilisierungskraft des Heiligen Jerusalem nutzen, um einen Friedensprozess zu stören. Außerdem kann keiner der Vorschläge isoliert umgesetzt werden, sondern muss in ein Abkommen eingebettet sein, das auch die anderen Konfliktgegenstände einschließt.

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	1
2.	Kennzeichen von Identitätskonflikten und die Schwierigkeit, sie zu lösen	2
3.	Unser Jerusalem, Euer Jerusalem	5
4.	Jerusalem bis 1967: Von der normativen Kraft des Faktischen und den Versuchen ihrer Überwindung	6
5.	Das „vereinigte Jerusalem“ nach 1967: Neue Fakten und alte Loyalitäten im Rahmen veränderter Möglichkeiten	8
5.1	Israelischer Mythos und Jerusalemer Realität	8
5.1.1	Psychologischer Wandel nach 1967	8
5.1.2	Zunehmende Polarisierung im Zuge erweiterter Möglichkeiten	10
5.2	Palästinensische Ideale und Jerusalemer Wirklichkeit	14
5.2.1	Kampf um die arabische Identität im Rahmen beschränkter Möglichkeiten	15
5.2.2	Tendenzen der innerpalästinensischen Entfremdung	17
5.2.3	Religiöse Überzeugungen als Instrument der Gegenbewegung	18
6.	Lösungsvorschläge im Jerusalemkonflikt	21
6.1	Clinton-Parameter	21
6.2	Geneva Initiative	23
6.3	Old City Special Regime	25
7.	Fazit und Schlussfolgerungen: Die Kunst zu teilen, ohne zu zerstören	26
	Anhang	30
	Literatur	32

1. Einleitung

Im Herbst 2011, nach fast 20 Jahren Planungs- und Bauzeit, nahm Israels erste Straßenbahnlinie ihren Betrieb auf. Die Linie verbindet über ca. 14 km den Herzl Berg im Westen Jerusalems mit Pisgat Zeev im Nordosten der Stadt, führt vorbei an vielen berühmten und beliebten Orten wie dem Ausgeh- und Geschäftsviertel um die Jaffa-Straße und dem Eingang zur Altstadt am Damaskustor und soll der chronischen Verstopfung der Straßen durch den Autoverkehr entgegenwirken. Der Bau der Straßenbahnlinie 1 wurde jedoch nicht nur durch die „üblichen“ Schwierigkeiten verzögert, wie sie auch in anderen Städten der Welt bei größeren Infrastrukturprojekten vorkommen: etwa den vermeintlich zu hohen Kosten – in Jerusalem immerhin über 800 Millionen Euro (Münch 2011) – oder Gründe des Denkmalschutzes, denn auf der Strecke wurden mehrfach archäologisch wertvolle Funde gemacht. Vielmehr zeigt der Streit um den Bau der Straßenbahn wie unter einem Brennglas die diversen Konfliktlinien im israelisch-palästinensischen Konflikt, innerhalb und zwischen den Konfliktparteien und auch darüber hinaus. Die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) sieht im Bau des „Apartheidzugs“ einen Verstoß gegen die 4. Genfer Konvention von 1949, die untersagt, den physischen Status und die demographische oder institutionelle Struktur in besetzten Gebieten zu verändern. Die Straßenbahn aber durchkreuzt den Ostteil Jerusalems, der von Israel im Sechs-Tage-Krieg 1967 erobert und 1980 annektiert wurde. Die Annexion ist international jedoch nicht anerkannt, und die jüdischen Wohnkomplexe in diesen Gebieten gelten daher bei den meisten internationalen Völkerrechtlern und Politikern als illegale Siedlungen. Sie werden aber nun durch die Straßenbahn mit dem seit 1948 zu Israel gehörenden Westteil der Stadt verbunden. Die infrastrukturelle Anbindung von Siedlungen wie Pisgat Zeev wird deshalb von palästinensischer Seite als weiteres Zeichen für Israels „Politik der Landnahme“ gewertet, mit der eine mögliche Teilung der Stadt durch das Schaffen von Fakten zunehmend impraktikabel gemacht werden soll. Vor allem Israelis hegen Sicherheitsbedenken. So werden Zusammenstöße befürchtet, wenn palästinensische Bewohner aus dem Osten, in dem drei Haltestellen liegen, auf jüdische Siedler treffen. Schließlich entbrannte immer wieder Streit zwischen den Bauplanern und der jüdischen ultrareligiösen Gemeinde, die u.a. eine Geschlechtertrennung in der Bahn forderte und an einigen Stellen religiöse Bedenken gegen den Streckenverlauf vorbrachte. Doch auch die Befürworter des Zuges fahren großes ideologisches Geschütz auf: Sie verweisen auf Theodor Herzl, den säkularen zionistischen Vordenker, der in seinem 1902 erschienenen Buch „Altneuland“ von einer modernen Bahn in Jerusalem träumte (Vidal/Rekacewicz 2007). Kurzum: Im Streit um Jerusalems Straßenbahn mischen sich Sicherheitsorgen mit völkerrechtlichen Streitfragen und religiös-ideologischen Kontroversen.

Noch viel mehr trifft diese Beschreibung auf den Standort des Zuges zu, die „Heilige Stadt“. Nicht ohne Grund gilt die Frage, wie mit Jerusalem zu verfahren sei als einer der größten Stolpersteine auf dem Weg zum Frieden zwischen Israel, den Palästinensern und der arabischen Welt. Auch in den Friedensverhandlungen von Oslo und Washington zu Beginn der 1990er Jahre wurde Jerusalem als einer der besonders umstrittenen Konfliktgegenstände aus den Verhandlungen ausgeklammert, die erst im Rahmen der

anvisierten Endstatusverhandlungen besprochen werden sollten. Bekanntermaßen kamen diese jedoch nie zustande, und in allen bisherigen Friedensgesprächen auf offizieller Ebene blieb Jerusalem ein Tabu. Selbstverständlich kursieren dennoch Lösungsansätze. Der gordische Knoten, den es dabei zu zerschlagen gilt, besteht in erster Linie darin, dass eine Endstatusregelung zugleich die engen identitären Bindungen der Konfliktparteien an die Stadt und die praktische Umsetzbarkeit eines Abkommens berücksichtigen muss. Ersteres wird nicht zuletzt dadurch erschwert, dass die Jerusalem-Problematik Mobilisierungspotential weit über die direkt betroffenen Konfliktparteien hinaus besitzt, letzteres wird vor allem durch die sich fortwährend verändernde Realität vor Ort unterminiert.

Dieser Report verfolgt daher eine zweifache Zielsetzung: Erstens soll nachgezeichnet werden, wie die Polarisierungen zwischen den Kontrahenten in Bezug auf Jerusalem im Verlauf des Konfliktes zustande kamen, die heute eine Lösung für die Stadt so erschweren. Zu diesem Zweck wird zunächst erläutert, wie Theorien der Internationalen Beziehungen und der Friedens- und Konfliktforschung die Polarisierung kollektiver Identitäten erklären, und welche Möglichkeiten bestehen, diese zu überwinden. Daran anknüpfend wird dargestellt, wie sich diese theoretischen Ansätze in den Entwicklungen um Jerusalem seit Beginn der Auseinandersetzung in Israel/Palästina spiegeln. Dabei wird deutlich, wie einerseits unterschiedliche Akteure die jeweiligen Gegebenheiten vor Ort zur Verfolgung eigener Interessen nutzen und andererseits die tradierten Bindungen der betroffenen Bevölkerungen auch unter widrigen Bedingungen Bestand haben. Der Schwerpunkt der Analyse liegt dabei auf den Entwicklungen nach 1967. Zweitens stellt der Report dann drei prominente Lösungskonzepte – die Clinton-Parameter, den Geneva Accord und das Old City Special Regime (OCSR) – dar und untersucht, inwiefern diese Ansätze geeignet sind, die doppelte Herausforderung zu meistern, sowohl auf die „irrationalen“ Ansprüche der Konfliktparteien einzugehen und gleichzeitig die durch die „realen“ Tatsachen vor Ort begrenzten Verteilungsansprüche zu befriedigen.

2. Kennzeichen von Identitätskonflikten und die Schwierigkeit, sie zu lösen

Kollektive Identitäten vermitteln ihren Trägern ein relativ stabiles Gefühl von „Selbst“ im Sinne einer vorgestellten Gemeinschaft (Anderson 1983), der bestimmte moralische Überzeugungen, Werte und Normen zu eigen sind, aus denen sich Interessen und Handlungen speisen. Unter Identitätskonflikten versteht man hierbei solche Konflikte, in denen sich die Antagonisten über ihre jeweilige Zugehörigkeit zu solch einer Gemeinschaft definieren. Dem „Wir“ wird dabei (in der eigenen Wahrnehmung) durch einen anderen kollektiven Akteur Unrecht zugefügt (Kriesberg 2003: 64-65, 76, 89). Gewöhnlich sind solche Auseinandersetzungen mit Streitigkeiten über materielle Interessen verbunden, jedoch steht im Vordergrund der Konflikt um die Anerkennung von Ansprüchen der eigenen Gemeinschaft durch den Anderen.

Solche Konflikte sind allgegenwärtig, aber sie schlagen nicht automatisch in Gewalt um. In der Literatur finden sich unterschiedliche Erklärungen, warum es dazu kommt. Primordialisten gehen davon aus, dass kollektive Identitäten (quasi) erblich sind bzw. durch Sozialisierung in der Kindheit erworben werden und dauerhafte Überzeugungen und Loyalitäten schaffen (Jenkins/Gottlieb 2007). Allerdings werden diese Theorien, die von „althergebrachten Feindschaften“ zwischen bestimmten Gruppen ausgehen, die beinahe unausweichlich zu gewaltsamen Auseinandersetzungen führen, kaum noch als Erklärungen für Identitätskonflikte vorgebracht.

Dagegen finden sowohl instrumentelle als auch sozial-psychologische Theorien vielfach Eingang in Erklärungen über die Entstehung und Verschärfung von (gewaltsamen) Identitätskonflikten. Beide Ansätze unterscheiden sich insbesondere in der Frage, inwiefern strategisches Verhalten eine Rolle in der Konstruktion derartiger Konflikte spielt. Allerdings lassen sich beide Ansätze auch komplementär heranziehen.

Sozial-psychologische Theorien nehmen die Bedürfnisse von Akteuren zum Ausgangspunkt, insbesondere betonen sie die Notwendigkeit für Individuen und Gruppen, ein positives Selbstbild zu schaffen und zu erhalten (Weller 1997: 4-5; Jepperson et al. 1996: 59; Sloccum-Bradley 2008: 9-10). Daher sind Angehörige einer Gemeinschaft eher geneigt, den eigenen Führern zu glauben und die moralische Überlegenheit der eigenen Gruppe anzunehmen und zu verteidigen als die des „Anderen“. Die dauerhafte Missachtung von (vermeintlich) gerechten Ansprüchen lässt kollektive Identitäten mit der Zeit monolithischer und exklusiver werden. Dies führt zu einer Polarisierung im Verhältnis der Konfliktparteien: Jede Interaktion mit dem „Anderen“ wird dann als Bedrohung empfunden, auf die mitunter völlig unproportional reagiert wird, im Extremfall mit Gewalt. „Objektive“ Gefahren für die eigene Gruppe – etwa Anschläge oder Hetzkampagnen des Gegenübers – verstärken die emotionelle Bindung an das eigene Kollektiv zusätzlich (Coleman/Lowe 2007: 379-382; Lake/Rothchild 1998: 22; Wolff 2006: 66). Jegliche Preisgabe von Ansprüchen wird als Verrat an der Gruppe empfunden und entsprechend sanktioniert (Druckman 1994: 59); der Konflikt wird zum Nullsummenspiel (Jenkins/Gottlieb 2007: 1-2; Zartman 2006: 254).

Instrumentelle Ansätze sehen dagegen Polarisierungen nicht in erster Linie als „psychischen Reflex“, sondern weisen politischen Unternehmern – in der Regel politischen Eliten – eine entscheidende Rolle zu. Diese streben die Polarisierung bewusst an, um ihre persönlichen Ziele zu erreichen, und setzen zu diesem Zwecke wenn nötig auch Gewalt ein. Manche Autoren schreiben solch ein strategisches Verhalten auch der „einfachen“ Bevölkerung zu (Fearon/Laitin 2000: 854-855). Vor allem marginalisierte Gruppen könnten demzufolge zu Gewaltmitteln greifen, um ihre Stellung innerhalb des eigenen Kollektivs zu verbessern. Kritisch angemerkt werden sollte, dass instrumentelle Ansätze mitunter den Eindruck erwecken, politische Unternehmer könnten sich einfach eine bestimmte kollektive (z.B. ethnische oder religiöse) Identität „aussuchen“ und diese dann so manipulieren, wie es ihnen nützlich erscheint. Kollektive Identitäten sind jedoch sehr komplexe Konstruktionen, und zwischen den Mitgliedern einer Gemeinschaft besteht in der Regel keine umfassende Einigkeit darüber, was genau die gemeinsame

Identität ausmacht und wie sich deren unterschiedliche Komponenten zueinander verhalten.

In der Zusammenschau können sozial-psychologische und instrumentelle Ansätze deutlich machen, wie durch gezielte Aktivitäten einerseits und auf Grund von menschlichen Bedürfnissen nach Zugehörigkeit und Anerkennung andererseits Polarisierungen zwischen Gruppen entstehen und aufrecht erhalten werden können. Durch diese werden nahezu alle Aspekte der Inter-Gruppen-Beziehung gemäß einer „Wir-gegen-sie“-Logik interpretiert und erhalten so eine überhöhte politische Bedeutung, die mitunter existentielle Züge annimmt.

Gleichzeitig lassen sich im Umkehrschluss aus den genannten Ansätzen Faktoren generieren, die zu einer Depolarisierung der kollektiven Identitäten führen können (Jenkins/Gottlieb 2007; Bercovitch 2007: 25; Wolff 2006: 133-134). So gelten entsprechende Führungspersonen und/oder ein politisch-personeller Wandel innerhalb der Konfliktparteien – etwa durch neue politische Bewegungen – sowie strukturelle Veränderungen, z.B. durch wechselseitige Anerkennung der Konfliktparteien im Rahmen eines allgemeinen Friedensabkommens, als notwendig, um die Polarisierungen zu durchbrechen (Kriesberg 2003; Wolff 2006: 78-79).

Im Folgenden zeigt dieser Report, wie gerade bzgl. Jerusalem eine Polarisierung zwischen Israelis und Palästinensern entstanden ist. Dabei spielen sowohl die identitären Bindungen der nationalen Kollektive – verstärkt durch Gewalterfahrungen – an diese historisch-kulturell so bedeutsame Stätte eine Rolle als auch gezielte Aktionen von bestimmten Akteuren bzw. Gruppen. Gleichzeitig wird offenbar, wie einzelne Persönlichkeiten und das politische Umfeld in der Vergangenheit der Polarisierung aber auch entgegengewirkt haben. Abschließend nimmt der Report eine Bewertung zentraler Lösungsvorschläge für Jerusalem anhand der zwei zentralen Kriterien vor: Inwiefern wird erstens auf die psychologischen Bedürfnisse der Konfliktparteien – d.h. vor allem auf die Anerkennung ihrer „irrationalen“ Ansprüche – Rücksicht genommen? Und in welchem Umfang werden zweitens die „materiellen“ Verteilungsansprüche der Parteien befriedigt, d.h. wie wird insbesondere die Kontrolle über Territorium und Bevölkerung geregelt? Wie die politische Philosophie lehrt, bleibt dabei zu bedenken, dass die verschiedenen Dimensionen der konfliktbedingten Ungerechtigkeit – mangelnde Anerkennung und fragwürdige materielle Verteilung – unter Umständen nach widersprüchlichen Lösungen verlangen (Fraser 1998) und so eine nachhaltige Konfliktbeilegung zusätzlich erschweren.

Zunächst sollen jedoch die mythologisch-kulturellen Zuschreibungen dargelegt werden, welche die emotionalen Bindungen der Kontrahenten an Jerusalem begründen und so die Basis für den Polarisierungsprozess bilden.

3. Unser Jerusalem, Euer Jerusalem

Der identitäre Kern der Auseinandersetzung um Jerusalem liegt in der religiösen Bedeutung der Stadt für Juden, Christen¹ und Muslime. Auch wenn in Rechnung gestellt werden muss, dass Religion und religiöse Überzeugungen nicht per se zur Eskalation oder Perpetuierung von Konflikten beitragen, stellen sie doch eine wohlfeile Grundlage für Polarisierung dar. Daher seien sie an dieser Stelle kurz erläutert.

Jerusalem ist die heiligste Stätte des Judentums. Im Alten Testament wird die Stadt unter ihren verschiedenen Namen (einer davon ist Zion) über 600-mal erwähnt. Dabei gilt die gesamte Stadt als heilig, nicht nur einzelne Stätten innerhalb ihres Gebietes. Trotzdem lassen sich einige besonders zentrale Orte ausmachen. Auf dem Berg Moriah soll sich der Grundstein der Erde befinden, mit dem Gott seinen Schöpfungsakt begann. Hier schloss er sein Bündnis mit dem Volk Israel. Folglich ließ König Salomon an dieser Stelle den ersten Tempel (um 957 v. Chr.) und Herodes, der jüdischen Statthalter des Römischen Reiches, schließlich den zweiten Tempel errichten (ab 21 v. Chr.). Hierfür wurde das Areal des Bergs künstlich erweitert und von mächtigen Steinmauern gestützt. Der Zerstörung des Tempels durch die Römer im Jahr 70 widerstand bis heute nur ein Rest der westlichen Stützmauer. Nach jüdischem Glauben ist die Präsenz Gottes nie von ihr gewichen, und bis heute kommen deshalb Juden aus aller Welt, um an der sogenannten „Klagemauer“ zu beten. Doch auch außerhalb der nur ca. 1 km² großen Jerusalemer Altstadt befinden sich wichtige Stätten des Judentums, etwa der Ölberg mit seinem alten jüdischen Friedhof.

Für Muslime befindet sich in Jerusalem die drittheiligste Stätte nach Mekka und Medina. Die Al-Aqsa Moschee auf dem Haram al-Sharif (dem Tempelberg) gilt als die im Koran genannte „am weitesten entfernte Moschee“ und stellt ein wichtiges Pilgerzentrum dar. Jerusalem soll das Ziel der nächtlichen Reise (miraj) des Propheten Mohammed gewesen sein. An der Westmauer befestigte er sein himmlisches Pferd, die im Arabischen deshalb auch dessen Namen (al-Buraq) trägt, und stieg anschließend vom Fels Gottes in den Himmel auf. Dort wurde ihm die göttliche Vision zu Teil und er kam mit den anderen Propheten zum Gebet zusammen (Nusseibeh et al. 1995; Johannsen 2006: 71). Auf dem Stein hinterließ er seinen Fußabdruck, der bis heute in dem entsprechend benannten Felsendom zu sehen sein soll. Die eher unscheinbare Al-Aqsa Moschee und der prächtige Felsendom liegen beide auf dem Plateau des Haram. Wie in der jüdischen Interpretation gilt auch bei den Muslimen der gesamte Tempelberg als heilig, nicht nur die beiden Gotteshäuser.

Aus diesen religiösen Traditionen leiten beide Konfliktparteien grundsätzlich ihre Ansprüche auf Jerusalem ab. In den folgenden Abschnitten soll nun dargestellt werden, wie um diesen Kern des Religiösen die gegenwärtige Polarisierung in der Jerusalemfrage

1 Für eine Lösung des heutigen Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern sind die christlichen Ansprüche weitgehend ohne Belang (Johannsen 2006: 71) und finden deshalb im Fortgang dieses Reports keine Beachtung.

zustande kam und wie sich als deren Ursprung, Folge und Begleiterscheinung die Realitäten vor Ort verändert haben.

4. Jerusalem bis 1967: Von der normativen Kraft des Faktischen und den Versuchen ihrer Überwindung

Nach der Niederlage und dem Zerfall des Osmanischen Reiches im Ersten Weltkrieg erhielt Großbritannien vom Völkerbund das Mandat über Palästina. Zuvor hatte Jerusalem als eigener Distrikt direkt der Regierung in Istanbul unterstanden, während sich die Herrschaft vor Ort in erster Linie auf die arabischen Notabelfamilien stützte. Die Briten erklärten mit der Übernahme des Mandats Jerusalem zur Hauptstadt, was den Status der Stadt – und ihrer Eliten – einerseits aufwertete. Andererseits hatte Großbritannien keinerlei Interesse daran, auch tatsächlich politische Macht zu übertragen und regierte Palästina eher im Sinne einer Kronkolonie (Wasserstein 2007: 97). Allerdings bemühte man sich, Überparteilichkeit zwischen den ansässigen Parteien in Palästina und Jerusalem zu demonstrieren – das hieß vor allem, die Ansprüche von Arabern und Zionisten auszubalancieren, um britische Interessen in Nahost nicht zu gefährden.

Dieses Verhalten frustrierte jedoch nach und nach selbst die arabischen Notablen in Jerusalem, die sich folglich von der Mandatsregierung abwandten und sie schließlich offen bekämpften (ebenso wie die Zionisten).

Eine herausragende Rolle in diesem Prozess spielte Hajj Amin al-Husseini. Er wurde 1920 – unter Mithilfe der Briten – zum Obermufti Palästinas und ein Jahr später Leiter des Obersten Muslimrates². Husseini nutzte neben der traditionell hohen Stellung seiner Familie die Bedeutung Jerusalems im Islam geschickt für seinen politischen Aufstieg (Wasserstein 2007: 122-123). Den Kampf um Jerusalem, und insbesondere um die Altstadt und die sich hier befindlichen Heiligen Stätten, hielt Husseini für zentral in der Auseinandersetzung mit der zionistischen Bewegung. So beschwor er immer wieder die Gefahr herauf, die Juden wollten die muslimischen Stätten auf dem Haram al-Sharif zerstören, um dort den Dritten Tempel zu errichten – eine Anschuldigung, die bis heute immer wieder von islamistischer Seite vorgebracht wird (Cohen 2011: 2-3). Auch veranlasste die vermeintliche Bedrohung des Haram die gläubige Landbevölkerung, der der elitengetriebene Nationalismus zunächst fremd geblieben war, dazu, sich mit der palästinensisch-arabischen Nationalbewegung zu identifizieren (Johannsen 2001: 45). Husseini kam sein Ruf als Verteidiger der Heiligen Stätten des Islam auch im Konkurrenzkampf mit den anderen Notablen in Jerusalem (vor allem der Familie Naschaschibi) zu Gute. Außerdem schienen tatsächliche Ereignisse das propagierte Bedrohungsszenario in den Augen der Bevölkerung zu bestätigen. Immer wieder kam es

2 Der Oberste Muslimrat kontrollierte sowohl die Sharia-Gerichte als auch die islamischen Stiftungen (Waqf), die u.a. die Heiligen Stätten auf dem Haram verwalteten (Dumper 1997: 19).

etwa auf Grund von Streitigkeiten um die Nutzung der Klagemauer³ zu gewaltsamen Zusammenstößen im gesamten Mandatsgebiet, bei denen hunderte Menschen starben (Segev 2005: 343-345).

Trotz solcher Vorfälle irrte der Mufti jedoch in seiner Einschätzung der Bedeutung Jerusalems für die zionistische Elite. Die Führung des *Jischuws* – der jüdischen Gemeinde in Palästina vor Gründung des Staates Israel – hatte ein zwiespältiges Verhältnis zu Jerusalem. Zwar war die Stadt mit ihren Überresten des letzten Tempels die wichtigste religiöse Stätte des Judentums und zweitausend Jahre lang Ort der Sehnsucht gewesen, doch verkörperte die ärmliche, konservative und anti-zionistische jüdische Gemeinde in Jerusalem auch den alten *Jischuw*, mit dem die zionistische Bewegung brechen wollte (Wasserstein 2007: 126). Entsprechend gespalten war die Politik der *Jewish Agency* (JA) – der zionistischen Quasi-Regierung – gegenüber Jerusalem: Einerseits durfte man aus innenpolitischen Gründen nicht den Anschein erwecken, jüdische Ansprüche auf die Heilige Stadt zu verraten. So konnten sich die zionistischen Revisionisten um Zeev Jabotinsky provokante Aktionen an den Heiligen Stätten zu Nutze machen, um in der internen Konkurrenz mit dem dominanten linken Flügel zu punkten (Johannsen 2001: 45). Andererseits sah sich die JA-Führung mit dem erheblichen Widerstand der Araber und Briten hinsichtlich der Gewährung jüdischer Ansprüche in Jerusalem konfrontiert. Vor allem aber verfolgte die zionistische Führung andere Prioritäten als Jerusalem: die Errichtung und Anerkennung eines jüdischen Staates in Palästina. Um dessen internationale Akzeptanz nicht zu gefährden, war man sogar bereit, auf die Eingliederung Zions in den zionistischen Staat zu verzichten (Wasserstein 2007: 141). Entsprechend konnte man sich in der JA sowohl eine Teilung der Stadt (Wasserstein 2007: 124) als auch eine Internationalisierung vorstellen, wie sie im Teilungsplan der Vereinten Nationen (VN) vom November 1947 vorgeschlagen wurde.

Die Zerrissenheit der linken zionistischen Führung um David Ben Gurion in Bezug auf Jerusalem zeigt, wie wirkmächtig der Mythos Jerusalem auch für diejenigen war, die nicht an ihn glaubten. Folglich konnte auch die säkulare Elite die psychologischen Bindungen an die Stadt und die daraus resultierenden Zwänge nicht ignorieren. Radikalere Randgruppen konnten gleichzeitig deren Symbolwert für ihre politischen Zwecke instrumentalisieren. So bestärkten die Gewalterfahrungen der Jerusalemer Bürger das Gefühl der Bedrohung durch den „Anderen“, während die religiös-national aufgeladene Konfrontation gleichzeitig einzelnen Personen und Fraktionen politisch nutzte. Polarisierungsmechanismen der instrumentellen und sozial-psychologischen Ansätze greifen also bereits in der Anfangszeit des Konfliktes.

Für die zionistische Führung bot die Zustimmung zum Teilungsplan der VN einschließlich der *Corpus Seperatum*-Lösung für Jerusalem allerdings einen gangbaren Ausweg aus der innenpolitisch-strategischen Zwickmühle. Der VN-Plan wurde jedoch nie umgesetzt, da im ersten arabisch-israelischen Krieg der jüdische Staat sein

3 Jüdische Gläubige versuchten z.B. immer wieder, vor der Klagemauer Stühle und eine Trennwand zwischen Frauen und Männern aufzustellen (Segev 2005: 323ff).

Territorium über das vorgesehene Gebiet hinaus erweitern konnte, und die Teilung Jerusalems statt auf vertraglichem Wege durch Gewalt erfolgte. Israel hielt den Westteil der Stadt, Jordanien den Ostteil inklusive der Altstadt. Entlang dieser „Grünen Linie“, d.h. der Waffenstillstandslinie von 1949 lagen außerdem einige Gebiete, die als sogenanntes „No Man’s Land“ keiner der beiden Parteien unterstanden, und in der Folge dem Verfall preisgegeben waren. Zwar entsprach diese Teilung weitgehend den demographischen Gegebenheiten – allerdings nicht zuletzt deshalb weil Juden aus dem Osten und Araber aus dem Westen (wie aus anderen Teilen Israels) bereits vor oder während des Krieges geflohen oder vertrieben worden waren (Dumper 1997: 68) – schuf aber auch kollektive Traumata auf beiden Seiten. Viele der palästinensischen Flüchtlinge aus Jerusalem und Umgebung, aber auch darüber hinaus, wurden 1965 unter der Verantwortung der *UN Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East* (UNRWA) in einem neuen errichteten Camp angesiedelt (UNRWA 2011). Shuafat ist heute das einzige palästinensische Flüchtlingslager, das innerhalb der Stadtgrenzen Jerusalems liegt. Für die jüdische Bevölkerung besonders traumatisch waren die Zerstörung des jüdischen Viertels in der Altstadt sowie die Schändung des alten jüdischen Friedhofs auf dem Ölberg, dessen Grabsteine teilweise als Baumaterial erhalten mussten. Auch blieb Juden während der gesamten jordanischen Herrschaft der Zugang zur Klagemauer verwehrt. Diese Schlüsselerlebnisse – Flucht und Vertreibung sowie der Verlust von Heiligtümern – beförderten die Perzeption in den Konfliktparteien weiter, dass der „Andere“ den Konflikt (in der Stadt, aber auch darüber hinaus) mit Vernichtungsabsichten verfolgte.

Trotzdem arrangierten sich Israel und Jordanien – im Gegensatz zur palästinensischen Nationalbewegung – einigermaßen mit der gewaltsamen Teilung der Stadt. Spannungen zwischen Haschemiten und Palästinensern waren die Folge, die sich mit der Gründung der Palästinensischen Befreiungsorganisation 1964 zuspitzten. Die PLO unterhielt ihr Hauptquartier zunächst in Jerusalem, bis es im Januar 1967 von der jordanischen Regierung geschlossen wurde. Wenig später war jedoch auch die jordanische Herrschaft in Jerusalem Geschichte.

5. Das „vereinigte Jerusalem“ nach 1967: Neue Fakten und alte Loyalitäten im Rahmen veränderter Möglichkeiten

5.1 Israelischer Mythos und Jerusalemer Realität

5.1.1 Psychologischer Wandel nach 1967

Obwohl es auch in der Stadt immer wieder zu Grenzzwischenfällen kam und die Viertel an der Grünen Linie von Armut, Gewalt und Verwahrlosung geprägt waren, verfolgte in Israel bis 1967 keine politisch einflussreiche Kraft eine revisionistische Politik in Sachen Jerusalem (Wasserstein 2007: 223). Als dann nach nur sechs Tagen Krieg im Juni 1967 israelische Truppen nicht nur das Westjordanland, den Gazastreifen, die Golanhöhen und den Sinai, sondern auch den Osten Jerusalems eingenommen hatten, war niemand in

der israelischen Regierung oder in der Bevölkerung darauf eingerichtet (Wasserstein 2007: 225-226). Doch die Freude, als Verteidigungsminister Moshe Dayan am 7. Juni die Stadt für befreit und vereint erklärte, erfasste neben Israel die gesamte jüdische Welt. Die Beziehung des Staates Israel zu seiner Hauptstadt wandelte sich auf politischer wie auf emotionaler Ebene schlagartig: „Plötzlich schien es nicht mehr vorstellbar, dass es den jüdischen Staat ohne die Stadt geben könnte“ (Wasserstein 2007: 227). Auch David Ben Gurion, zwanzig Jahre zuvor noch zu einer Teilung oder gar Internationalisierung der Stadt bereit, verkündete nun, er würde im Austausch für Frieden all das 1967 eroberte Territorium zurückgeben – bis auf Ostjerusalem (und die Golanhöhen) (Wasserstein 2007: 237).

Steingewordenes Sinnbild für dieses neue Verhältnis zwischen zionistischem Staat und Zion wurde die Klagemauer. Sie war nicht länger nur ein Ort der religiösen Hinwendung, sondern wurde zu *dem* Identifikationssymbol der israelisch-jüdischen Nation überhaupt.

Diese Stilisierung der Westmauer ließ in arabischen Regierungen und internationalen Beobachtern die irreführende Wahrnehmung reifen, dass sich israelische Interessen in der Altstadt letztlich auf die Klagemauer und den Zugang zu ihr durch das jüdische Viertel begrenzten (Reiter 2005: vii). Verstärkt wurde dieser Eindruck durch das religionsgesetzliche Verbot für Juden, den Tempelberg überhaupt zu betreten⁴ und den israelischen Beschluss, auch nach der Eroberung des Tempelbergs die Verwaltung des Plateaus weiter in Händen des Waqf⁵ zu belassen. Israel besitzt also nach eigenem Rechtsverständnis seit der Eroberung die Souveränität über den Haram, verzichtet jedoch weitgehend auf deren tatsächliche Ausübung. Der Waqf kooperiert seinerseits zwar häufig in praktischen Fragen und auf informeller Ebene mit den israelischen Behörden, erkennt aber die israelische Herrschaft in keiner Weise an (Ramon 2010: 81). Diese de facto geteilte Herrschaft über den Tempelberg war nicht zuletzt Ergebnis sicherheitspolitischer Erwägungen. Verantwortlich für den neuen Status quo zeichnete Verteidigungsminister Moshe Dayan, der hoffte, durch die muslimische Selbstverwaltung das religiöse Element im Konflikt zwischen Israel und der arabischen Welt zu entschärfen und die Palästinenser in der Stadt zu einem Arrangement mit den neuen Verhältnissen zu bewegen (Ramon 2010: 78).

So bemühten sich in der Folge alle israelischen Regierungen, den Mythos aufrecht zu erhalten, dass die vereinigte Stadt letztlich allen ihren Bürgern zum Vorteil gereiche. Eine wichtige Figur verkörperte dabei der legendäre und langjährige Bürgermeister der Stadt, Teddy Kollek. Seine Politik in Jerusalem war einerseits fest verankert im israelischen Konsens, dass Jerusalem als Ganzes die Hauptstadt Israels sei, und der Gedanke an eine erneute Teilung der Stadt war für ihn ein Albtraum (Kollek 1977: 701). Auch sah er es als identitäres Gebot, Jerusalem unter israelischer Souveränität zu halten:

- 4 Das oberste israelische Rabbinat erließ eine Verordnung, die Juden den Zugang zum Tempelberg-Plateau verbietet, da die religiösen Vorschriften, die dafür notwendig wären, durch die Zerstörung des Tempels nicht mehr eingehalten werden können.
- 5 Der Waqf ist eine islamische Stiftung, die bis heute die heiligen muslimischen Stätten auf dem Tempelberg verwaltet.

„[...] I do not think you can find any Israelis who are willing to give up Jerusalem. They cannot and they will not. This beautiful golden city is the heart and the soul of the Jewish people. You cannot live without a heart and a soul. If you want one simple word to symbolize all of Jewish history, that word would be Jerusalem.“ (Kollek 1977: 716)

Andererseits aber vertrat er einen pragmatischen Ansatz, wenn es um konkrete Politik in der Stadt ging. So lehnte er die Verabschiedung des Jerusalem-Gesetzes, mit dem Israel die Stadt in ihren 1967 erweiterten Grenzen 1980 formal annektierte und zur ewigen und unteilbaren Hauptstadt des Staates erklärte, als „überflüssig“ ab, da es an den bereits bestehenden Tatsachen nichts ändere, sondern nur zu Aufregung und Unruhe führe (Kollek 1981: 1043). Der Bürgermeister war sich zudem über die immense Mobilisierungskraft der Heiligen Stätten im Klaren und forderte daher ihren besonderen Schutz (Kollek 1977, 1981).

Insgesamt „verselbständigte“ sich in Folge der Eroberung die psychologische Bedeutung der Stadt für die jüdisch-israelische Identität schlagartig. Es waren nicht mehr Randgruppen, die aus dem traditionellen Wert der Stadt Nutzen zu ziehen versuchten. Vielmehr wurde der Anspruch, Jerusalem müsse auf ewig ungeteilte Hauptstadt des Staates bleiben, in dem Moment, da er nicht mehr den strategischen Interessen der Staatsführung entgegenstand, vom revisionistischen Ideal zum realen Gesetz. Für Säkulare wie Religiöse wurde die Heilige Stadt damit immer weniger verzicht- bzw. verhandelbar und eine Aufgabe zugunsten eines Kompromisses mit den „Anderen“ zunehmend undenkbar. In einer Umfrage des Jerusalem Institute for Israel Studies aus dem Jahr 2006 gaben 93 Prozent der Befragten an, dass Jerusalem ein wichtiges religiöses *und* nationales Symbol für Juden auf der ganzen Welt sei (Kimhi et al. 2006: 7). Nur 3 Prozent der israelisch-jüdischen Bevölkerung sind bereit, im Austausch für Frieden die Westmauer und das jüdische Viertel der Altstadt aufzugeben, immerhin 55 Prozent können sich aber noch den Verzicht auf die arabischen Viertel in der Stadt vorstellen (Kimhi et al. 2006: 25). Eine starke Minderheit von 37 Prozent ist jedoch zu keinerlei Konzessionen in Jerusalem bereit (ebd.). Über den Status der Stadt auch nur zu sprechen, gilt so für die meisten israelischen Politiker als undenkbar.

5.1.2 Zunehmende Polarisierung im Zuge erweiterter Möglichkeiten

Doch Veränderungen in Jerusalem traten bekanntermaßen nicht nur auf emotionaler Ebene ein. Auch das geographische Gesicht der Stadt änderte sich fundamental (siehe Karte 1 im Anhang). So schnell wie die alten Grenzanlagen zwischen Ost und West beseitigt wurden, leitete Israel ab 1967 auch rechtliche Schritte ein, um seine Herrschaft über Jerusalem zu festigen. Innerhalb von weniger als einem Monat wurden die Stadtgrenzen deshalb erheblich ausgedehnt, so dass sich das Stadtgebiet quasi verdoppelte (Wasserstein 2007:231; B'Tselem 1997). Militärisch-strategische Überlegungen und demographisches Kalkül gaben für diese neue Grenzziehung den Ausschlag, denn man sah in ihr letztlich die zukünftigen Staatsgrenzen Israels (B'Tselem 1997: 17).

So galt es aus israelischer Perspektive einerseits, die jüdische Bevölkerungsmehrheit in Jerusalem⁶ nicht zu gefährden. Das bedeutete, dass arabische Vororte nur nach dem Prinzip „maximales Land, minimale Bevölkerung“ eingemeindet wurden, und Orte wie Abu Dis, Ramallah und Bethlehem außerhalb der Stadtgrenzen blieben (Dumper 1997: 42). 1973 beschloss die Regierung als Zielvorgabe für die demographische Verteilung, den damaligen Stand von 73,5 Prozent jüdischer Bevölkerung im Stadtgebiet von Jerusalem festzuschreiben (Johannsen 2001: 46). Allerdings konnte dieses Verhältnis – trotz des starken Anteils religiöser Juden mit kinderreichen Familien in Jerusalem – nicht gehalten werden. Er lag im Jahr 2004 nur noch bei 66 Prozent, und Prognosen sehen eine jüdisch-arabische demographische Parität für 2035 voraus (Kimhi et al. 2006: 20). Dieser proportionale Rückgang der jüdischen Jerusalemer hat mehrere Ursachen: Einerseits verfügen die Palästinenser über höhere Geburtenraten und haben auf Grund des besonderen Status der arabischen Jerusalemer als *permanent residents* auch materielle und soziale Gründe, die Stadt nicht zu verlassen (siehe unter 5.2). Unter der jüdischen Bevölkerung findet man hingegen einen gegenläufigen Trend, ist doch Jerusalem nicht zuletzt auf Grund seiner demographischen Zusammensetzung eine der ärmsten Städte Israels (Kimhi et al. 2006: 10).⁷

Das zweite israelische Kalkül hinter der Neuziehung der Stadtgrenzen lag in der Reduzierung der militärischen Verwundbarkeit der Stadt. Die Hügelketten, die Jerusalem umgeben und von denen sich eine gute Angriffsposition auf die Stadt bietet, sollten durch die Errichtung jüdischer Siedlungen⁸ gesichert werden. Diese ringförmig um den Jerusalemer Stadtkern geplanten Viertel wurden größtenteils auf unbebautem Land errichtet, das sich jedoch häufig in palästinensischem Privatbesitz befand und zum Zwecke der Baumaßnahmen enteignet wurde. Die ersten Siedlungen, die nach diesem Muster ab 1968 entstanden, waren Ramat Eshkol (Norden), French Hill (Osten), Gilo (Süden) und Pisgat Zeev (Nordosten) (Wasserstein 2007: 237). Mittlerweile leben dort über 200.000 Menschen (Johannsen 2006: 72; Ir Amim 2007a).

Die jüdische Bautätigkeit in Jerusalem, von allen israelischen Regierungen und Stadtverwaltungen gezielt gefördert, verfolgte aber nach Ansicht zahlreicher Beobachter

6 Die genauen demographischen Daten sind umstritten. Nach Dumper (1997: 59-65) bestand spätestens in den 1920er Jahren eine deutliche jüdische Mehrheit (über 50 Prozent), nach anderen Angaben gab es eine solche schon seit 1840 (Kollek 1977: 206).

7 Grund hierfür ist nicht zuletzt die geringe Beteiligung am Arbeitsmarkt von großen Teilen der Einwohnerschaft, v.a. ultra-orthodoxe Männer und arabische Frauen.

8 Nach israelischer Konvention unterscheiden sich diese Siedlungen fundamental von denen im Westjordanland. Die großen Siedlungsblöcke sind heute integraler Teil des Staates Israel und haben damit grundsätzlich den gleichen Status wie andere Viertel in Westjerusalem. Entsprechend wird von israelischer Seite für die verschiedenen jüdischen Bauprojekte eine differenzierte Terminologie verwendet. So unterscheidet etwa die israelische Menschenrechtsorganisation Ir Amim (Stadt der Völker) israelische Stadtviertel (*neighbourhoods*) im ehemaligen Ostteil von israelischen Siedlungen (*settlements*) in diesem Gebiet. Unter letzteren werden Wohnprojekte, häufig nur einige wenige oder gar einzelne Häuser verstanden, die innerhalb von arabisch bewohnten Vierteln errichtet werden (Ir Amim 2007). Nach internationalem Völkerrechtsverständnis besteht zwischen beidem jedoch kein Unterschied, da jede dieser Besiedlungen auf besetztem Gebiet stattfindet.

noch ein weiteres Ziel – nämlich die Herauslösung Jerusalems aus den palästinensischen Gebieten und damit auch aus dem gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Gefüge der Palästinenser (Dumper 1997: 42). Die Ansprüche an Jerusalem als Hauptstadt eines arabischen Staates sollten so schrittweise ihre realweltliche Grundlage verlieren (Johannsen 2001: 52). Die erwähnte Einkreisung des arabischen Jerusalem durch die jüdischen Viertel und Siedlungen trennt die Palästinenser in Jerusalem von denen in der Westbank sowie darüber hinaus die Einwohner im Süden des Westjordanlandes, insbesondere Bethlehem und Umgebung, von denen im Norden, u.a. in Ramallah.

Neben diesen groß angelegten, staatlich betriebenen und geförderten Bauprojekten, die tausende von Menschen beherbergen bzw. langfristig beherbergen sollen, hat sich allerdings besonders in den letzten Jahren eine zweite, meist radikal religiös-nationalistische Siedlungsbewegung hervor getan. Anders als die offiziellen jüdischen Viertel, die in Nachbarschaft zu palästinensischen Vierteln auf unbebautem Land errichtet wurden, siedeln Mitglieder dieser privaten Bewegungen innerhalb arabischer Wohngebiete. Ihre Protagonisten berufen sich auf das göttlich-historische Recht des jüdischen Volkes auf ganz Eretz Israel – und damit Jerusalem – geschaffen durch den Bund zwischen Abraham und Gott.

Im Vorgehen dieser Siedler-Organisationen lässt sich dabei ein Muster erkennen: Die Projekte liegen vor allem in und um die Altstadt, d.h. im sogenannten *Holy Basin*⁹. Organisationen wie El-Ad, Ateret Cohanim oder Nahalat Shimon kaufen entweder Gebäude und Grundstücke von arabischen Bewohnern dieser Viertel auf oder klagen sie vor Gericht ein. In letzterem Fall werden jüdische Besitzrechte geltend gemacht, die entweder während der Herrschaft der Osmanen oder der Briten erworben wurden. Ein Beispiel für solche Aktivitäten ist das Shimon HaZadik-Projekt im Viertel Sheikh Jarrah nördlich der Altstadt (Ir Amim 2009). Dort befindet sich die Grabstätte des jüdischen Gelehrten Shimon HaZadik, die sich vor allem bei Orthodoxen und Nationalreligiösen zu einem beliebten Pilgerort entwickelt hat. Auf dem Gelände um diese Stätte hatte seit Ende des 19. Jahrhunderts eine kleine jüdische Gemeinde gesiedelt, die sich in den 20er und 30er Jahren im Zuge der Konfrontationen zwischen Juden und Arabern schließlich auflöste. Nach 1949 siedelte die jordanische Regierung in Zusammenarbeit mit UNRWA auf diesem Gebiet palästinensische Flüchtlinge an und stellte ihnen die Übertragung der Besitzrechte – die jüdischen Gemeinschaften waren enteignet worden – binnen dreier Jahre in Aussicht (Ir Amim 2009: 5). Diesem Versprechen kam sie allerdings nie nach, so dass die ursprünglich 28 Familien ab 1967 ohne Besitzurkunden auf jetzt israelischem Gebiet lebten und für ihre Häuser Mieten an das Sephardische Gemeindegremium und das Knesset Israel Komitee, die über die entsprechenden Rechtstitel aus osmanischer Zeit verfügten, entrichten sollten (ebd.; B'Tselem 2009). Die Mehrheit der Bewohner verweigerte die Mietzahlungen; jahrzehntelange gerichtliche Auseinandersetzungen

9 *Holy Basin*, manchmal auch *Historic Basin* genannt, hat sich in jüngster Zeit als Terminus etabliert, der das Gebiet der Altstadt und der angrenzenden Gebiete, in denen die meisten übrigen Heiligen Stätten liegen, bezeichnet. Eine Karte der Altstadt findet sich im Anhang.

folgten (Schneider 2010). 2009 erging schließlich ein Urteil des Obersten Gerichtshofs, auf Grund dessen zwei palästinensische Familien, insgesamt fast 50 Personen, zwangsgeräumt wurden und buchstäblich auf der Straße standen. Die beiden jüdischen Komitees hatten ihre Besitzrechte mittlerweile an die private Siedlerorganisation Nahalat Shimon Ltd. übertragen, die sich nun dort niederließ und den Bau von 200 Wohneinheiten auf diesem und weiterem Gelände plant (B'Tselem 2009; Ir Amim 2009 b). Ähnlich gelagerte Fälle wie in Sheikh Jarrah finden sich vor allem in Silwan (auch bekannt als Davidstadt) im Süden der Altstadt. Häufig erhalten diese Projekte finanzielle Unterstützung aus dem Ausland (Ir Amim 2009 b; B'Tselem 2009). Behörden und Politik sind auf vielfältige Weise in die fragwürdige Anerkennung von Landrechten und die Genehmigung von Bebauungsplänen verstrickt. Vor allem werden Gelder für die Sicherheit der Siedler bereitgestellt: Zum Schutz der insgesamt rund 2000 Personen, die in diesen Siedlungsprojekten außerhalb der jüdischen Viertel leben, werden jährlich ca. 38 Millionen Schekel (ca. 7,6 Millionen Euro) vom Wohnungsbau-Ministerium finanziert (Shneydor 2010).

Im Ergebnis haben die staatlich betriebenen und die privaten Siedlungsinitiativen die strategische Lage der Stadt gemäß israelischer Planung verändert. Zusammen mit dem oben beschriebenen psychologischen Wandel änderte sich so auch der Blickwinkel von militärischen und sicherheitspolitischen („rationalen“) Akteuren auf Jerusalem: Die ehemals geteilte, von arabischen Gebieten „umzingelte“ und konstant bedrohte Stadt lag nun inmitten eines von Israel kontrollierten Gebietes, Israel als Staat war durch wichtige Teile der internationalen Gemeinschaft anerkannt und ein Verzicht auf Jerusalem aus strategisch-politischen oder militärischen Gründen somit nicht mehr nötig. Die Siedlungspolitik hat darüber hinaus Fakten geschaffen, die eine Wiederherstellung der alten „Grenze“ entlang der Grünen Linie als Lösung für die Jerusalemfrage im Rahmen eines Friedensvertrags praktisch ausschließen. Gleichzeitig bieten die veränderten Rahmenbedingungen (noch) bessere Bedingungen für radikale Kräfte, den Kampf um Jerusalem auch zum Zwecke eines größeren Zieles – eines jüdischen Staates in ganz Eretz Israel – zu instrumentalisieren. Insgesamt zeigt sich, wie in der Kombination von dem Streben nach einer unverrückbaren Anerkennung von „immateriellen“ Ansprüchen einerseits und der Befriedigung von „materiellen“ Interessen wie Sicherheit und Kontrolle andererseits Polarisierungen aufrechterhalten und verstetigt sowie durch politische Unternehmer strategisch zugespitzt werden. Gleichzeitig lässt sich auch bilanzieren, dass Individuen wie etwa Teddy Kolek im Rahmen ihrer politischen Arbeit durchaus (zaghafte) Ansätze zur Depolarisierung aufzeigen. Allerdings bleibt nicht zuletzt vor dem Hintergrund immer wiederkehrender Gewalt die Bereitschaft zum Kompromiss mit dem „Anderen“ gering.

5.2 Palästinensische Ideale und Jerusalemer Wirklichkeit

So ist die Realität von der israelischen Darstellung des vereinigten Jerusalems weit entfernt. Zwischen Ost und West und zwischen jüdischen und arabischen Vierteln im Osten verlaufen zwar keine physischen, aber nach wie vor rigide soziale Grenzen: Jüdische Jerusalemer betreten die arabischen Viertel in der Regel nicht, palästinensisches Leben spielt sich soweit möglich im ehemaligen Ostteil ab. Schon Schulkinder erfahren die de facto Teilung der Stadt: An jüdischen Schulen wird nach israelischem Lehrplan unterrichtet, an arabischen nach jordanischem bzw. palästinensischem (Cohen 2011: 87).

Diese Ungleichheit zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen der Stadt erstreckt sich auf die meisten Lebensbereiche. Zuvorderst unterscheidet sich die rechtliche Stellung palästinensischer Jerusalemer von der jüdischer. Erstere sind in der Regel¹⁰ keine israelischen Staatsbürger, sondern haben lediglich den Status als *permanent resident*. Dieser verschafft Zugang zum israelischen Sozialsystem (v.a. Kranken- und Rentenversicherung) und zum Arbeitsmarkt sowie das Wahlrecht bei lokalen Abstimmungen, muss aber regelmäßig erneuert werden. Gegenüber den Palästinensern, die außerhalb Jerusalems unter der Besatzung leben, bedeutet der Besitz einer solchen „Blue Card“ allerdings allein aus wirtschaftlichen Gründen eine Verbesserung. Seit der zweiten Intifada und vor allem seit Errichtung der israelischen Sperranlage in Jerusalem (siehe unter 5.2.2.) kommen soziale Vorteile hinzu: Der Zugang zur Stadt und damit auch zu den Heiligen Städten wurde für nicht-jerusalemer Palästinenser zunehmend schwieriger oder gar unmöglich gemacht seit Israel den Zugang durch Checkpoints reguliert und Genehmigungen nötig sind. Eine *Blue Card* sichert neben den ökonomischen Vorteilen somit Bewegungsfreiheit zwischen dem Westjordanland und Jerusalem, und ihr Verlust stellt für die Betroffenen folglich eine Katastrophe dar. Im Gegensatz zur demographischen Entwicklung unter jüdischen Jerusalemern hat daher in den letzten Jahren eine Rückwanderungsbewegung von arabischen Jerusalemern eingesetzt. Zuvor hatten diese häufig aus Mangel an Wohnraum oder aus familiären Gründen die Stadt verlassen und sich im Umland angesiedelt. Seit Israel jedoch zunehmend den Status als *permanent resident* aberkennt¹¹, wenn der Betreffende realiter außerhalb der Stadtgrenzen lebt, kehren viele dieser Palästinenser zurück (Dumper/Pullan 2010: 6). Dadurch wird die chronische Wohnungsnot zusätzlich verschärft (Cohen 2011: 37).

Die desolate Lage am palästinensischen Wohnungsmarkt kann darüber hinaus als Indikator für die systematische Diskriminierung arabischer Bürger gelten. Baugenehmigungen werden nur sehr restriktiv vergeben, sowohl für Privathäuser als auch für öffentliche arabische Gebäude, etwa für Schulen (Cohen 2011: 87-88). Deshalb

10 Arabische Jerusalemer behielten 1967 in der überwältigenden Mehrheit die jordanische Staatsbürgerschaft. Heute können sie einen Einbürgerungsprozess durchlaufen, wenn sie die israelische Staatsbürgerschaft annehmen möchten (Ramon 2010: 20).

11 2008 wurden mehr als 4500 Blue Cards aberkannt; diese Zahl lag etwa 21 mal höher als der Durchschnitt der vorangegangenen 40 Jahre (Dumper/Pullan 2010: 6).

errichten viele Ostjerusalemmer Anbauten an ihre Häuser ohne Genehmigung (Dumper/Pullan 2010: 9). Damit laufen sie jedoch Gefahr, dass diese von den israelischen Behörden wieder abgerissen werden, wenn der Verstoß festgestellt wird. Zwischen 1999 und 2008 wurden 611 palästinensische Häuser auf Anordnung der Stadtverwaltung oder des Innenministeriums zerstört, seither weitere 155.¹²

Durch die Erweiterung der jüdischen Siedlungen und Viertel und der dazugehörigen Verbindungswege in und um Jerusalem werden außerdem die infrastrukturellen, ökonomischen und sozialen Entwicklungsmöglichkeiten der palästinensischen Viertel und Dörfer massiv beschnitten (Dumper/Pullan 2010: 5). Hinzu kommt die systematische Vernachlässigung der arabischen Viertel in Bezug auf grundlegende städtische Dienstleistungen, etwa Müll- und Abwasserversorgung.

5.2.1 *Kampf um die arabische Identität im Rahmen beschränkter Möglichkeiten*

In der ungleichen Behandlung von jüdischen und palästinensischen Jerusalemern sehen Palästinenser und viele Beobachter deshalb einen weiteren Beleg für die israelische Strategie der „Judaisierung“ (PASSIA 2009: 1), mit der die demographische jüdische Mehrheit in der Stadt mindestens beibehalten und die Palästinenser nach Möglichkeiten aus der Stadt gedrängt werden sollen, um den arabischen Charakter Jerusalems verschwinden zu lassen und so die palästinensischen Forderungen nach einer Hauptstadt in Ostjerusalem zu unterminieren (PLO 2010; B'Tselem 1997: 9). Dieser (vermeintlichen) israelischen Strategie versuchten die Palästinenser in Jerusalem schon bald nach der Besetzung 1967 durch den Aufbau eigener Institutionen entgegen zu wirken und so zur Bewahrung der palästinensisch-arabischen Identität in der Stadt beizutragen. Gleichzeitig nehmen diese Einrichtungen Tätigkeiten wahr, die der Staat Israel bzw. seit einiger Zeit die autonomen palästinensischen Behörden nicht ausüben wollen oder können, etwa im Sozialwesen (Cohen 2011: 82-83). Zwar blieben die neuen Institutionen damit zunächst im palästinensischen Nationalismus verhaftet, doch zeigten die besonderen Jerusalemer Umstände bald Wirkung. Zwei Determinanten lassen sich in ihrem Entwicklungsprozess ausmachen:

Erstens war Jerusalem als „vereinigte“ Hauptstadt „normaler“ Bestandteil des israelischen Staates. Damit unterlagen die palästinensischen Bürger auch nicht dem Militärrecht, das im Westjordanland und Gazastreifen galt, sondern israelischem Zivilrecht. So erleichterte die Nähe zwischen Besetzten und Besatzern zwar einerseits die Überwachung durch die israelischen Sicherheitsbehörden und erschwerte so mitunter die Schaffung eigener palästinensischer Institutionen, schaffte aber gleichzeitig mehr zivile Rechte und Freiheiten. Ökonomische Vorteile kamen hinzu. Ostjerusalem erlebte mit Beginn der israelischen Besetzung einen Wirtschaftsaufschwung, seine Bürger profitierten von den Möglichkeiten des israelischen Arbeitsmarktes und der Einbeziehung ins Sozialsystem. Daher sank die Bereitschaft, diese Vorteile durch offene Agitation gegen die

12 Die Statistik von 1999-2008 beruht auf offiziellen Zahlen von Stadtverwaltung und Ministerium; die für die Jahre danach auf Zahlen von B'Tselem. Beides einzusehen unter: B'Tselem o.J.: Planning and Building, www.btselem.org/planning_and_building/east_jerusalem_statistics (23.9.2011).

Besatzungsmacht zu verspielen. Noch heute fürchten Jerusalemer Araber sowohl die Aberkennung ihrer Blue Card als auch die Zerstörung ihrer Häuser, sollte man sie mit Israel-feindlichen Aktivitäten in Verbindung bringen (Cohen 2011: 67). Die relative Passivität der Jerusalemer Palästinenser im Vergleich zu denen aus der Westbank, Gaza oder im Exil kann daher keinesfalls als eine Zustimmung zur israelischen Position oder der Politik in der Stadt gewertet werden. Doch standen und stehen die individuellen Alltagsorgen und Interessen der Verwirklichung kollektiver nationaler Ambitionen mitunter diametral entgegen.

Beide Faktoren – mehr Kontrolle *und* mehr Rechte und Freiheiten – hatten daher nachhaltige Auswirkungen auf die Institutionenbildung in Ostjerusalem. Zunächst begann in den 1980er Jahren auch hier die massenhafte Rekrutierung in PLO-Organisationen, insbesondere in Fatah. Das stärkte die Stellung der Stadt innerhalb der PLO und auch gegenüber dem Führungszentrum in der Diaspora. Gleichzeitig musste man im Aufbau von Institutionen jedoch andere Wege gehen als in den besetzten Gebieten, in denen – zunächst nur auf lokaler Ebene – Wahlen stattfinden konnten. Aus dem israelischen Anspruch auf ganz Jerusalem ergab sich, dass in der Stadt keine offiziellen palästinensischen Parallelinstitutionen bestehen durften, sondern einzig die israelische Stadtverwaltung (bzw. der Staat) für die Belange aller Bürger zuständig war. Allerdings boykottieren die arabischen Jerusalemer traditionell die Stadtrats- und Bürgermeisterwahlen, um den Eindruck zu vermeiden, dass sie die israelische Herrschaft akzeptieren würden. In Folge des Boykotts gibt es seit Jahrzehnten im Stadtrat keine organisierte Vertretung palästinensischer Anliegen, obwohl mittlerweile fast 40 Prozent der Bewohner Palästinenser sind. Initiativen von palästinensischen Jerusalemern, diesen Boykott zu durchbrechen und mit eigenen Listen anzutreten, fielen immer wieder der innerpalästinensischen Opposition zum Opfer. Die Gegner solcher Initiativen schrecken auch vor Gewalt nicht zurück (Cohen 2011: 17).

Andererseits erlaubte die Inklusion in israelisches Recht den palästinensischen Jerusalemern weitgehende Vereinigungs- und Meinungsfreiheit. In den 1980er Jahren wurden wichtige palästinensische Zeitungen in Jerusalem ebenso gegründet wie Gewerkschaften und Kultureinrichtungen. Doch auch auf politischer Ebene formierten sich Institutionen, die jedoch nicht auf formalen Verfahren beruhten, sondern in denen Individuen und sozialen Bindungen eine große Rolle spielten. Treibende Kraft etwa hinter der Errichtung des *Orient House* als der palästinensischen Zentrale in Jerusalem war Faisal Hussein. Er stammte nicht nur aus einer der traditionellen Jerusalemer Familien, sondern hatte sich auch durch sein Engagement für die palästinensische Sache einen Namen gemacht. Obwohl Fatahmitglied, bemühte sich Hussein um die Inklusion möglichst aller palästinensischen Fraktionen, um so Einigkeit im Kampf um den Erhalt des arabischen Jerusalems herzustellen (Cohen 2011: 13). Hussein öffnete außerdem Gesprächskanäle zu israelischen Gruppen, zunächst zu radikalen Anti-Zionisten, aber schließlich auch zu Personen und Gruppen aus der politischen Mitte, etwa zu Teddy Kallek (Cohen 2011: 13-14). Unter Hussein's Führung wurde Jerusalem so während der ersten Intifada, die 1987 ausbrach, die wichtigste Verbindung zwischen der Exilführung und dem Vereinigten Nationalen Kommando, das die Aktivitäten in den besetzten

Gebieten koordinierte. Später diente das Orient House als diplomatisches Zentrum, etwa in Gesprächen zwischen der PLO und den USA.

5.2.2 Tendenzen der innerpalästinensischen Entfremdung

Die Hochphase palästinensischer Institutionen in Ostjerusalem flaute jedoch im Zuge des Oslo-Prozesses ab. Mitentscheidend war hierbei das Verhalten der PLO-Führung im Ausland. Erstens waren Arafat und seine Mitstreiter darum bemüht, ihre Machtposition gegenüber den lokalen Führern zu sichern. Zweitens hatte man sich in den Gesprächen mit Israel darauf eingelassen, Ostjerusalem aus dem Fahrplan zur palästinensischen Selbstverwaltung auszuschließen, und den Status der Stadt – so wie alle anderen besonders umstrittenen Konfliktgegenstände – erst im Rahmen der geplanten Endstatusverhandlungen zu diskutieren. Ost-Jerusalem war damit offiziell nicht Teil des Zuständigkeitsbereiches der zu schaffenden palästinensischen Autonomiebehörde (PA). Dennoch formierten sich informell auch hier Organe, z.B. palästinensische Sicherheitskräfte, die sich als Repräsentanten der nationalen Autorität verstanden und in den arabischen Vierteln gegen Kriminelle vorgingen, aber auch versuchten, nationale Prinzipien (etwa das Verbot des Landverkaufs an Juden) durchzusetzen (Cohen 2011: 27). Trotzdem ging mit der Implementierung der Oslo-Abkommen und der Errichtung der PA eine Verlagerung nicht nur des politischen, sondern auch des kulturellen und ökonomischen Zentrums der Palästinenser einher. Vor allem Ramallah gewann an Bedeutung. Dieser Prozess hat sich seit dem erfolgreichen Bemühen um Staatsaufbau unter der Ägide des gegenwärtigen Premiers Salam Fayyad noch verstärkt.

Seither lässt sich in Ost-Jerusalem verstärkt eine Abkopplung der politischen und sozialen Prozesse von denen in den anderen besetzten Gebieten beobachten. Massiv zugespitzt hat sich dieses Phänomen seit dem Beginn der Errichtung der Sperranlage durch Israel 2002.

Die nationale palästinensische Position, gestützt von einem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs, zu dieser ist eindeutig: Da sie oft jenseits der Grünen Linie verläuft und damit auf besetztem Gebiet, gilt ihre Errichtung als illegal. In Jerusalem, wo die Sperranlage meist aus einer ca. 8 Meter hohen Betonmauer besteht, sind die Konsequenzen für das Leben der Palästinenser besonders gravierend. Auch widerspricht ihr Verlauf hier der eigentlichen Logik der Barriere – nämlich Israelis und Palästinenser zu trennen, um so Anschläge zu verhindern, denn die Anlage trennt mitnichten die beiden Bevölkerungstruppen, sondern an vielen Stellen Palästinenser von Palästinensern. Dabei sind diejenigen besonders hart betroffen, die zwar innerhalb der Stadtgrenzen, aber groteskerweise in Gebieten jenseits der Sperranlage leben. Sie wurden gewissermaßen ins administrative Niemandsland geschickt: Einerseits sind sie Jerusalemer Bürger und stehen damit unter israelischem Souveränitätsanspruch. Gleichzeitig leben sie aber auf der „falschen“ Seite der Mauer, so dass Staat und Stadt diese Gebiete quasi aufgegeben haben: Polizei ist so gut wie nicht präsent, andere Dienstleistungen wie etwa Feuerwehr und Ambulanz müssen die Checkpoints passieren, um in Viertel wie das Flüchtlingslager Shuafat vorzudringen. Alternative palästinensische Organe existieren nicht, da die PA hier offiziell keine Zuständigkeit besitzt. Entsprechend breiten sich Kriminalität und Selbstjustiz aus (Dumper/Pullan 2010: 12). Auch auf Grund solcher Auffälligkeiten im

Verlauf gilt vielen (Johannsen 2006: 75) die Sperranlage weniger als sicherheitspolitische Maßnahme, sondern als Versuch Israels, Grenzen einseitig nach eigenen Präferenzen festzulegen. Während einerseits die jüdischen Siedlungen auch außerhalb Jerusalems eingeschlossen sind oder werden, liegen die Gebiete, in denen mehrheitlich Palästinenser wohnen, häufig außerhalb der Mauer, selbst wenn sie fließend in Jerusalemer Viertel übergehen oder gar offiziell innerhalb des Stadtgebiets liegen.

Eine derartige Situation ließe vielleicht erwarten, dass auch der Widerstand gegen die Mauer in Jerusalem besonders heftig ist. Doch die Nähe zur Besatzungsmacht offenbart sich auch hier. Trotz der auf nationaler Ebene sehr vehementen palästinensischen Opposition gegen die Sperranlage, verstanden gerade die arabischen Jerusalemer sehr gut, dass gegen das Projekt als solches kurzfristig wenig auszurichten war (Cohen 2011: 98). Durch die vielen Opfer der Terroranschläge in der Heiligen Stadt war der Druck der israelischen Bevölkerung auf Regierung und Militär, den Terror zu bekämpfen, enorm und die Mauer/Barriere ein Kernprojekt des Sicherheitsestablishments. Deshalb formierte sich der Widerstand gegen die Sperranlage in Jerusalem weniger als nationale Bewegung, sondern ging eher von den jeweils direkt Betroffenen aus und konzentrierte sich darauf, die geplante Route der Mauer zu verändern. Dabei traten jedoch nicht selten Interessenkonflikte zu Tage. Beispielsweise sollte die Mauer an der Stadtgrenze zwischen Jerusalem und Abu Dis über den Campus der Al-Quds Universität verlaufen. Die Universität konnte jedoch ihre Kontakte zu einflussreichen Stellen in Israel und im Ausland nutzen, um den Verlauf der Barriere zu ändern (Cohen 2011: 99). Damit einher ging allerdings, dass die Mauer nun über andere Grundstücke verläuft und deren Eigentümer schädigt. Die Sperranlage treibt so die Fragmentierung der Palästinenser innerhalb Jerusalems und zwischen (Teilen) der Stadt und dem restlichen Westjordanland weiter voran.

5.2.3 Religiöse Überzeugungen als Instrument der Gegenbewegung

Trotz solcher realen Hindernisse und der dadurch bedingten Entfremdungsprozesse zwischen Jerusalemer Bürgern und anderen Palästinensern bleibt die symbolische Bedeutung der Stadt für die palästinensische Nationalbewegung jedoch ungebrochen. Vor allem die Mobilisierungskraft des Heiligen, d.h. die Möglichkeit unter dem Banner der Verteidigung der heiligen Stätten Massen und Mächtige gegen die israelische Besatzung bzw. gegen den jüdischen Staat als solchen in Stellung zu bringen, hat seit den frühen Tagen des Muftis nicht abgenommen, eher im Gegenteil. Unter dem Slogan „Al-Aqsa in Gefahr“ wird seit etwa 15 Jahren vermehrt auf die angeblich drohende Zerstörung der muslimischen Heiligtümer auf dem Haram durch Israel verwiesen. Nach der hoch umstrittenen Eröffnung eines historischen Tunnels in der Altstadt, die zu gewaltsamen Auseinandersetzungen führte, erklärte der Mufti von Jerusalem gegenüber dem SPIEGEL: „[...] er wirkt wie ein Fanal zum Angriff auf die Aksa-Moschee und den Felsendom. [...] Ich glaube: Die Aksa-Moschee ist ernsthaft bedroht“ (Der Spiegel 41/1996: 175). Die „Al-Aqsa in Gefahr“-Bewegung kann auch auf eine große Anhängerschaft unter israelischen muslimischen Arabern zählen (Levine 2009).

Für die Aufwertung der religiösen Symbolik im nationalen Befreiungskampf gibt es mehrere Gründe. Innerhalb des weltweiten islamischen Diskurses wird Jerusalem erstens eine größere Bedeutung beigemessen als früher und gleichzeitig die religiöse Bedeutung des Tempelbergs sowie die historische Verbindung zwischen Juden und der Stadt zunehmend in Frage gestellt (Reiter 2005: iv). So sind sich die palästinensischen Eliten der transnationalen Dimension der Jerusalem-Frage stets bewusst. Während Arafat etwa bei den Camp David-Verhandlungen in Sachen Grenzen nicht den Rückhalt der arabischen Führer suchte, machte er seinen Verhandlungspartnern klar, dass er bzgl. Jerusalem keine freie Hand habe, sondern die Zustimmung der anderen arabischen Führer für jeden Kompromiss benötige (Nusseibeh 2007: 16). Darüber hinaus haben die säkularen Kräfte in der palästinensischen Nationalbewegung, v.a. Fatah, aber auch die PLO insgesamt, an Boden verloren, während islamistische Akteure, insbesondere Hamas, Anhänger hinzugewinnen konnten. Zu guter Letzt bieten Moscheen im Allgemeinen auf Grund der in Israel geltenden Religionsfreiheit und der Haram al-Sharif im Besonderen einzigartige Möglichkeiten zur politischen Mobilisierung. Dort übt Israel meist starke Zurückhaltung und überlässt das Treiben in den Moscheen und dem Vorplatz der Kontrolle des Waqf.

Das herausragendste Beispiel für eine palästinensische Massenmobilisierung über den Haram ist sicherlich der Ausbruch der zweiten Intifada, die auch den Namen der dritten Moschee, Al-Aqsa, trägt. Am 28. September 2000 besuchte der israelische Oppositionsführer und Likud-Chef Ariel Sharon den Tempelberg, begleitet von einem massiven Polizeiaufgebot. Der Besuch löste Massenproteste in der Altstadt aus, die sich am folgenden Tag nach dem Freitagsgebet wiederholten und ausweiteten. Bei den Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften kamen mindestens vier Palästinenser ums Leben, über 100 wurden verletzt (Baumgart-Ochse 2008: 266). Zu Beginn der Intifada wurde außerdem über die Lautsprecheranlagen auf dem Haram regelmäßig zu Massendemonstrationen aufgerufen (Cohen 2011: 73).

Jerusalem wurde schließlich auch zu einem Brennpunkt der Zweiten Intifada. 30 Prozent der Terroropfer (Tote und Verletzte) zwischen 2000 und 2003 wurden in Jerusalem verzeichnet, mit Abstand der größte Anteil (Kimhi et al. 2006: 24). Sowohl Angehörige von Fatah¹³ als auch von Hamas verübten jeweils über ein Dutzend Selbstmordattentate in der Stadt (Cohen 2011: 44). Damit einher ging die politische Botschaft, dass die Palästinenser nicht von ihrem Anspruch auf Jerusalem abrückten (Cohen 2011: 49). Als Teil der nationalen Bewegung schlossen sich auch arabische Jerusalemer den verschiedenen bewaffneten Zellen an. In der Tat waren so in die meisten Attacken innerhalb der Stadt auch Jerusalemer Bürger verwickelt, allerdings traten sie nur in den wenigsten Fällen als Initiatoren der Angriffe hervor. Vielmehr dienten sie auf verschiedene Arten als Unterstützer der Attentäter, etwa indem sie ihnen Unterschlupf gewährten, Informationen über Straßenblockaden weitergaben, Fahrdienste übernahmen oder geeignete Anschlagorte auswählten (Cohen 2011: 44). Dabei war ihnen neben den

13 Unmittelbar nach dem Ausbruch der 2. Intifada gründeten sich die Al-Aqsa Märtyrer Brigaden, die enge Beziehungen zur Fatah unterhalten. Der Name macht die symbolische Bedeutung deutlich, welche die Moschee auch für diese Gruppierung hat (HRW 2002: 77-87).

Ortskenntnissen die Blue Card von Nutzen, die relative Bewegungsfreiheit innerhalb der Stadt und zwischen Jerusalem und der Westbank gestattete. Eine Ausnahme bildete allerdings eine Hamas-Zelle aus Silwan, die als eine der wenigen originär Jerusalemer Gruppierungen selbst Anschläge initiierte. Mitglieder der Zelle wählten beispielsweise im März 2002 das Café Moment im (west-)jerusalemer Szeneviertel Rehavia als Anschlagziel, schmuggelten den Attentäter, der selbst nicht aus der Stadt, sondern aus der Nähe von Hebron stammte, nach Jerusalem und lieferten ihn an seinem Bestimmungsort ab, wo er sich und weitere 11 Menschen in die Luft sprengte (HRW 2002: 30; Cohen 2011: 48-49). Im Sommer 2002 wurden die Zellenmitglieder verhaftet (IMFA 2002). Bei der Gerichtsverhandlung gab einer von ihnen zu Protokoll, er habe aus der Verpflichtung heraus gehandelt, die er gerade als Jerusalemer für den national-religiösen Befreiungskampf empfand (Cohen 2011: 50-51). Trotz solcher Bekundungen bleibt aber festzuhalten, dass Jerusalem zwar während der zweiten Intifada das Zentrum der Anschläge war, palästinensische Bürger der Stadt aber in der Regel nicht die treibende Kraft hinter diesen bildeten. Trotzdem ging Israel in Folge des Terrors nicht nur gegen extremistische Zellen vor, sondern auch gegen die verbliebenen zivilen palästinensischen Institutionen in der Stadt. Auch das Orient House wurde geschlossen.

So offenbaren die Entwicklungen während der zweiten Intifada deutlich das Spannungsverhältnis, in dem sich die Ostjerusalemer permanent befinden: Einerseits stehen sie im symbolischen Fokus der palästinensischen Nationalbewegung, für die ein „Verrat“ an Jerusalem undenkbar ist: „We cannot discuss without Jerusalem as the capital. Without it we do not need a state.“ (Ahmed Querei, 29.07.2008). Gerade für religiöse Gruppierungen bietet Jerusalem eine einzigartige Mobilisierungsmöglichkeit, die sich auch im innerpalästinensischen Konkurrenzkampf instrumentalisieren lässt. Andererseits sind die Ostjerusalemer der palästinensischen Nationalbewegung durch die doppelgesichtige enge Anbindung an Israel in der politischen Praxis zumindest teilweise entrückt. Dieses Dilemma spiegelt sich auch in der Anfang 2011 publizierten und kontrovers diskutierten Studie „The Palestinians of East Jerusalem: what do they really want?“ wider (Pechter Middle East Polls/Council on Foreign Relations 2011). Hier antwortete eine relative Mehrheit der Befragten, dass sie im Falle einer Zwei-Staaten-Lösung die israelische Staatsbürgerschaft der palästinensischen vorzögen (35 Prozent pro israelisch gegenüber 30 Prozent pro palästinensisch) und sogar in ein anderes Viertel umziehen würden, sollte ihr jetziger Wohnort Teil Palästinas werden (40 Prozent). Dieses überraschende Ergebnis relativiert sich zwar, wenn man bedenkt, dass jeweils etwa ein Drittel der Befragten eine Antwort komplett verweigerte. Aufschlussreicher als dieser Wert ist jedoch ein Blick in die Begründungen, die die Interviewten für ihre Präferenzen gaben: Wer sich für die palästinensische Staatsbürgerschaft entschied, tat dies aus Gründen der nationalen Identität, wer die israelische wählte, fürchtete individuelle, v.a. ökonomische Nachteile. Die Studie offenbart die innerpalästinensischen Spannungen, die zwischen nationaler und lokaler Ebene einerseits sowie zwischen kollektiver, identitärer Zugehörigkeit und individueller Interessenlage andererseits in Bezug auf Jerusalem bestehen. Gleichzeitig kann sie als Indiz gelten, wie beständig kollektive Identitäten und Polarisierungen im Sinne sozial-psychologischer Ansätze sind, selbst unter widrigen Bedingungen: Weiterhin streben die arabischen Jerusalemer wie die nationale Bewegung

nach der Anerkennung ihrer historischen-kulturellen Ansprüche in Jerusalem, und Diskriminierungen durch die israelischen Behörden werden oftmals als Akt der versuchten Vernichtung durch den „Anderen“ interpretiert. Allerdings zeigt sich insgesamt auch, wie Identitäten zumindest in Ansätzen depolarisiert werden können, wenn es entsprechende Führungsfiguren (etwa Faisal Husseini) und Anreize gibt. Letzteres stellt in gewissem Sinne die positive Kehrseite der instrumentellen Thesen dar. Bisher wurde diesen lokalen Phänomenen in den international kursierenden Lösungsansätzen allerdings wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Sie konzentrieren sich vielmehr auf die Frage, wie die nationalen Ansprüche der Konfliktparteien in Einklang gebracht werden könnten.

6. Lösungsvorschläge im Jerusalemkonflikt

Während der Oslo-Gespräche in den 1990er Jahren blieb das Thema Jerusalem zunächst ausgespart – angesichts der oben beschriebenen israelischen Haltung eine wenig überraschende Entwicklung. Immerhin einigten sich die Delegationen unter Arafat und Barak aber darauf, dass Jerusalem im Rahmen der geplanten Endstatusverhandlungen zu diskutieren sei. Daran lässt sich zumindest die grundsätzliche Erkenntnis beider Seiten ablesen, dass zum einen der gegenwärtige Status der Stadt dauerhaft nicht haltbar ist und dass zum anderen zur Lösung der Jerusalemfrage andere Maßstäbe angelegt werden müssen als an die Verhandlungen über die übrigen besetzten Gebiete. Trotz dieser Signale kam es seither zwar kaum zu substantiellen Gesprächen über Jerusalem, aber es kursieren schon seit den Oslo-Gesprächen inoffizielle Vorschläge, wie mit der Stadt in einem zukünftigen Friedensplan zu verfahren sei. Dabei kristallisieren sich zwei Elemente heraus, die in unterschiedlich starker Ausprägung in allen Konzepten vorhanden sind: die Einbeziehung externer Akteure in die Konfliktregelung und die grundsätzliche Teilung der Souveränität in Jerusalem. Letzteres würde die wechselseitige Anerkennung der nationalen Ansprüche bedeuten, ersteres könnte durch die Veränderung des strukturellen Gefüges die Depolarisierung zwischen den Kollektiven befördern. In diesem Report sollen die drei prominentesten Lösungsansätze vorgestellt werden: die Clinton-Parameter, die Genfer Initiative und das Old City Special Regime. Gleichzeitig soll eine Bewertung vorgenommen werden, inwiefern die Vorschläge geeignet sind, sowohl den beschriebenen identitären Bindungen als auch den seit 1967 veränderten Realitäten vor Ort und den damit zusammenhängenden Verteilungsfragen Rechnung zu tragen.

6.1 Clinton-Parameter

Im Jahr 2000 startete US-Präsident Bill Clinton den Versuch, noch vor Ende seiner Amtszeit den Israelisch-Palästinensischen Konflikt endgültig beizulegen. Auch nach dem Scheitern der Verhandlungen in Camp David und trotz des Aufflammens der Gewalt der Intifada setzte Clinton seine Bemühungen fort. Am 23. Dezember unterbreitete er erstmals den israelischen und palästinensischen Unterhändlern seine Ideen für eine Zwei-Staaten-Lösung (Dumbrell 2009: 163). Diese wiederholte er kurz vor Amtsübernahme

durch die neue amerikanische Regierung nochmals öffentlich anlässlich des jährlichen *Leadership Events* des *New Yorker Israel Policy Forum*.¹⁴ Außerdem verkündete er, sowohl Barak als auch Arafat hätten seine Ideen im Grundsatz akzeptiert (Dumbrell 2009: 163). Für Jerusalem sahen die Parameter vor, dass die Stadt zwar offen und (physisch) ungeteilt, aber gleichzeitig die international anerkannte Hauptstadt zweier Staaten werden sollte. Die Souveränität in der Stadt sollte gemäß der Prämisse neu geregelt werden, dass das, was arabisch ist, zu Palästina, und das, was jüdisch ist, zu Israel gehören würde. Insbesondere sollte das Plateau des Haram unter palästinensischer Hoheit stehen, die Klagemauer und die heiligen Orte der Juden (vor allem das „Allerheiligste“ im Inneren des Tempelberges) sowie das jüdische Viertel der Altstadt unter israelischer. Eine solche horizontale Teilung des Tempelberges hatte Clinton schon in Camp David vorgeschlagen (Nusseibeh 2007: 26-27).

Clintons Vorschläge (die auch auf die anderen strittigen Punkte des Konflikts eingingen) fanden bereits Eingang in die israelisch-palästinensischen Friedensgespräche in Taba im Januar 2001. Obwohl diese letztlich scheiterten, blieben die Parameter weiterhin Leitlinie für zukünftige Lösungsvorschläge, denn sie versuchen auf die identitären Bindungen der Parteien Rücksicht zu nehmen, ohne deren postulierte Ansprüche umfassend zu akzeptieren: Beide erhalten die internationale Anerkennung von Jerusalem als Hauptstadt des jeweiligen Staates und die Kontrolle über die entsprechenden Bevölkerungsteile. So soll ein vereinbares Maß an gerechter Anerkennung und Verteilung gewährleistet werden. Hinzu kommt die Souveränität über die jeweils wichtigsten heiligen Orte, wenn auch nur über deren topographisch eindeutig verorteten Ausprägungen. Diese Reduzierung der religiös-nationalen Empfindlichkeiten auf sehr spezifische Bauwerke lässt sich aber bereits kritisch wenden. Wie gezeigt gehen die emotionalen Bindungen in der Regel über Fragen der Kontrollausübung über konkrete Stätten hinaus, etwa in Bezug auf die Bedeutung des Haram für Muslime, welche sich nicht allein auf die Souveränität über die beiden Moscheen beschränken lässt.

Kritik an den Parametern wird auch bezüglich eines weiteren Punktes laut. Da als Grundsätze gedacht und lediglich mündlich vorgetragen, bieten sie naturgemäß kaum Antworten auf die sehr spezifischen Probleme in der Stadt, d.h. etwa darauf, wie genau das Prinzip der offenen und ungeteilten Stadt mit Fragen der Sicherheit vereinbar sein könnte. Auf solch konkrete Herausforderungen versuchen sowohl die Genfer Initiative (GI) als auch der Vorschlag des Old City Special Regimes (OCSR) Antworten zu geben.

14 Es kursieren seither verschiedene Verschriftlichungen der von Clinton selbst nur mündlich vorgetragenen Parameter, u.a. bei Watzal 2001: 169f. Darüber hinaus existiert der Video-Mitschnitt der Rede: www.youtube.com/watch?v=kLiOTjJal1k&noredirect=1 (13.10.2011).

6.2 Geneva Initiative

Im Oktober 2003 unterzeichnete eine nichtstaatliche Gruppe von Israelis und Palästinensern in Genf einen Entwurf für ein Endstatus-Abkommen, das alle noch ausstehenden Konfliktgegenstände regelt und sich auf die Clinton-Parameter sowie auf die Verhandlungsprozesse von Camp David und Taba beruft. Keines der Mitglieder der Genfer Initiative nahm als offizieller Vertreter seiner Partei an den Verhandlungen teil, sondern lediglich als Privatpersonen, aber es handelte sich dennoch um einen sehr erlesenen Personenkreis, der u.a. den ehemaligen israelischen Justizminister Yossi Beilin und den palästinensischen Ex-Minister und Mitglied des PLO-Exekutivkomitees Yasser Abed Rabbo einschloss. Außerdem stellte die Initiative ihre Arbeit mit der Verabschiedung des Modellabkommens 2003 nicht ein, sondern erarbeitete im Anschluss höchst detaillierte Pläne zur Umsetzung der im *Accord* festgelegten Paragraphen. Ziel dieses Prozesses war, den gewählten Entscheidungsträgern das Rüstzeug an die Hand zu geben, das für eine umfassende Lösung nötig ist, aber vor dessen Erstellung die Parteien zurückschrecken, da allein die Ausformulierung technischer Pläne bereits als voreilige Konzession gelten könnte (Geneva Accord, Cover Letter). Bislang lehnen jedoch die offiziellen Vertreter beider Seiten das Abkommen in seiner jetzigen Form ab.

In den grundsätzlichen Fragen bezüglich Jerusalems einigten sich die Unterzeichner der GI u.a. auf die Teilung der Souveränität in der Stadt und deren Anerkennung als Hauptstadt zweier Staaten Israel und Palästina; den Verlust des Status als *permanent resident* für Ostjerusalmer Araber, da ihre Viertel Teil Palästinas würden; palästinensische Souveränität über das Plateau des Haram, inklusive der Verantwortlichkeit für die Sicherheit in Zusammenarbeit mit einer einzurichtenden multinationalen Präsenz; israelische Souveränität über die Klagemauer; sowie die Teilung der Souveränität in der Altstadt, ohne diese jedoch physisch zu separieren. Vielmehr sollte hier ein Farbkodierungssystem geschaffen werden, das Bewohnern und Besuchern eindeutig anzeigt, auf wessen Staatsgebiet sich der/die Betreffende gerade befindet, ohne dabei Mauern oder Zäune in den verwinkelten Gassen zu errichten. Außerdem würden sowohl israelische als auch palästinensische Polizisten in der Altstadt patrouillieren.

Im Anschluss an diese Grundsatzentscheidungen machten sich die Experten der Genfer Initiative daran, Pläne, Karten und technische Entwürfe zu entwickeln, die als Annex Teil des Abkommens werden sollten. Sie wurden im September 2009 veröffentlicht und enthalten neben den jeweils präferierten Vorschlägen auch Alternativangebote, auf die die politischen Entscheidungsträger bei Bedarf zurückgreifen können. In Bezug auf Jerusalem stellte sich besonders die Herausforderung, wie in dem dicht besiedelten Gebiet eine Staatsgrenze gezogen werden könnte, ohne das Stadtgefüge allzu nachteilig zu beeinflussen. So werden nach den Plänen der Geneva Initiative jüdische Viertel und Siedlungen im Ostteil der Stadt bzw. ihrem Umland Israel zugesprochen, u.a. auch Maale Adummim und Givat Zeev. Zur Anbindung dieser „Satellitenviertel“ an das Kernterritorium mussten Infrastrukturpläne entwickelt werden, die gleichzeitig auf den Bedarf der Palästinenser an Verkehrswegen in die Stadt und an Verbindungsstraßen zwischen dem nördlichen und dem südlichen Westjordanland Rücksicht nehmen. Hierfür ist u.a. ein Tunnelsystem unter den israelischen Satellitenstraßen vorgesehen

(Annex S. 114). Auch der Verlauf der Straßenbahn wurde bedacht und ein Lösungsvorschlag erarbeitet, der u.a. das Wegfallen von Stationen, deren Verlegung und Landtausch einschließt (Annex S. 132-133).

Besondere Aufmerksamkeit richteten die Planungsexperten auf die Entwicklung von Grenzübergängen, die den Fluss von Waren und Personen zwischen den beiden Stadtteilen möglichst wenig behindern sollten. Drei Übergänge wurden vorgeschlagen: einer im Norden (French Hill/Shuafat), einer im Zentrum (American Colony) und einer im Süden (nahe Bethlehem). Für Personen, die regelmäßig zwischen den beiden Staaten hin- und herreisen, etwa Ostjerusalemer, die im Westen der Stadt arbeiten, sollen spezielle Passierscheine erstellt werden (Annex S. 117). Insgesamt trieben die Experten die Planungen zu den Grenzposten sehr weit voran. Sie schlüsseln nicht nur die verschiedenen Alternativorte zur Einrichtung von Übergängen nach ihrer Eignung gemäß mehrerer Kategorien auf (u.a. Sicherheit, Transport, Wirtschaft und Tourismus), sondern enthalten auch Modelle für deren Architektur (z.B. Annex S. 141). Selbiges gilt zumindest teilweise auch für die Planungen zur Grenzanlage, etwa entlang der Road 60, der Hauptverkehrsader zwischen Altstadt und Norden, auf der bis 1967 die Grüne Linie verlief (Annex S. 156).

Auch vor dem heikelsten Problemkomplex, der Altstadt, schreckten die Mitglieder der Initiative nicht zurück. Gemäß ihrer Vorstellung sollte zwar lediglich das jüdische Viertel (zzgl. Klagemauer) unter israelischer Souveränität stehen, aber dennoch jede der Parteien mehrere Tore der physisch ungeteilten Altstadt überwachen. Um die notwendigen Kontrollen zu reduzieren, sollte durch die Altstadt allerdings kein Übergang von dem einen in den anderen Staat möglich sein.

Insgesamt verkörpern die Vorschläge der GI ohne Frage die bislang detailliertesten, öffentlich diskutierten Pläne für ein israelisch-palästinensisches Friedensabkommen. Gerade in Bezug auf die komplexe Gemengelage in Jerusalem ist dieser Detailreichtum nicht ausdrücklich genug zu loben. Auch versuchen die Autoren durch die Untersuchung von jeweils mehreren Alternativen eine gewisse Flexibilität zu erhalten, so dass die Planungen nicht mit jeder neuen Entwicklung vor Ort automatisch hinfällig werden. Kritisch lässt sich allerdings anmerken, dass die Vorschläge mitunter auf einer übermäßig optimistischen Einschätzung der Sicherheitslage nach einem Friedensschluss zu basieren scheinen. So bleibt nur mit Mühe vorstellbar, wie unter kritischen Bedingungen eine binationale Straße gesichert werden könnte, die entlang der hohen Altstadtmauern verläuft, und so von dort leicht unter Beschuss genommen werden kann.

In diesem Sinne berücksichtigt das Genfer Abkommen mitunter die „irrationalen“ Aspekte des Konflikts um Jerusalem nicht ausreichend, die durch die über Jahrzehnte aufgebaute Polarisierung entstanden sind. Ein Indiz in diese Richtung liefert auch das erklärte Ziel der Genfer Initiative, „to meet a historical compromise which meets the vital national interests of each side“ (Geneva Accord, Cover Letter). Der Terminus „national interests“ deutet dabei an, dass die Beteiligten die Konfliktlösung in erster Linie dadurch anstreben, dass Verteilungsfragen gemäß einer säkular-rationalistische Logik geklärt und dann in exklusive Rechtstitel verwandelt werden.

6.3 Old City Special Regime

Dieses letzten Kritikpunkts – der „Versteifung“ auf (völker-)rechtliche Eindeutigkeit – nimmt sich das *Old City Special Regime* an. Seine Initiatoren – Akademiker und ehemalige Diplomaten aus den USA und Kanada – sehen in der Fokussierung auf die Frage der Souveränität insbesondere in der Altstadt den Hauptgrund für das Scheitern bisheriger Lösungsversuche und die Schwachstelle der Clinton-Paramater und der Genfer Initiative. Denn im Grunde schlössen sich die jeweiligen Ansprüche auf die Kontrolle über Territorium und Personen gegenseitig aus (Bell/Kurtzer/Kumar 2009). Außerdem würden Radikale auf beiden Seiten auch auf absehbare Zeit nach einem Friedensabkommen versuchen, den Friedensprozess zu stören. Als Ausweg wird daher vorgeschlagen, sich statt auf die Souveränitätsfrage auf Arrangements zur Verwaltung der Altstadt zu konzentrieren und zu diesem Zweck ein spezielles Regime einzurichten, in dem externen Akteuren eine starke Stellung eingeräumt wird. Unter diesem Regime bliebe die Souveränitätsfrage zunächst offen, die Konfliktparteien könnten sich aber auf jedes zustimmungsfähige Szenario zu ihrer Teilung einigen, sobald sich ein Vertrauensverhältnis zwischen ihnen etabliert hätte (JOCI 2008: 36).

Trotz der vorgesehenen Delegation von wichtigen Aufgaben an externe Akteure stellt das Special Regime keine Internationalisierung im eigentlichen Sinne dar (die von beiden Seiten vehement abgelehnt wird), sondern etabliert lediglich eine gesonderte Verwaltung, der ein internationaler Chief Administrator vorsteht. Ihren Rechtsrahmen bestimmen aber die Konfliktparteien im Rahmen eines Abkommens. Lediglich die Sicherheit soll in die Hände einer internationalen Polizeigruppe gelegt und ein OCSR-Gerichtshof für interethnische Streitfälle eingerichtet werden. Grundsätzlich wären Israelis dem israelischen Recht und Palästinenser dem palästinensischen Recht unterstellt. So bietet das Regime ein flexibles Konfliktmanagement-Instrument, in dem einerseits die Entscheidungsautonomie der Konfliktparteien gewahrt bleibt, aber gleichzeitig die Bearbeitung praktischer „Alltagsangelegenheiten“ nicht mit der Bürde des grundsätzlichen Souveränitätsdisputs belastet wird. Das OCSR gibt Antworten auf Fragen wie „Wie kann der Zugang zum Haram und zur Klagemauer garantiert werden?“, nicht auf solche wie „Wem gehört der Tempelberg?“. Damit trägt es den identitären Grundbedürfnissen der Konfliktparteien Rechnung, durchbricht aber die Logik des Nullsummenspiels und kann so mit der Zeit zur Depolarisierung beitragen: Beide Seiten könnten ihre Herrschaftsansprüche (zunächst) beibehalten und sie mittels religiöser Überzeugungen, historischer Entwicklungen oder (völker-)rechtlicher Bestimmungen rechtfertigen. So ließe sich der Vorwurf des Verrats an der nationalen Identität entkräften, ohne dass eine Friedensregelung a priori unmöglich gemacht wird. Denn es werden zwar die eigenen Ansprüche, v.a. in Bezug auf die Souveränität nicht umfänglich gewährt, aber auch die gegnerische Partei muss auf ihre formal verzichten. Materielle Verteilungsfragen werden so zugunsten von Anerkennungsbemühungen hintangestellt.

Diese Offenheit und Flexibilität des OCSR birgt jedoch gleichzeitig die Gefahr, sich vom „deal maker“ zum „deal breaker“ zu entwickeln. Denn sie verstößt zumindest in Ansätzen gegen das fundamentale Verhandlungsprinzip des Nahost-Friedensprozesses, dass „nichts vereinbart ist, bis alles vereinbart ist“. Insbesondere könnte ein solcher in

Sachen Souveränität vager Ansatz die Möglichkeit verringern, über einen „grand bargain“ zwischen den Streitpunkten Jerusalem und Rückkehrrecht der Flüchtlinge zu einer umfassenden Einigung zu kommen (siehe Fazit). Darüber hinaus bleiben im OCSR diejenigen Jerusalemer Konfliktgegenstände, die außerhalb der Altstadt liegen (z.B. Anschluss der jüdischen Viertel und Siedlungen an Israel und Zersiedelung der palästinensischen Gebiete) naturgemäß unberücksichtigt.

7. Fazit und Schlussfolgerungen: Die Kunst zu teilen, ohne zu zerstören

Mehrere Entwicklungen lassen sich seit Beginn des israelisch-palästinensischen Konflikts in Jerusalem ausmachen: Erstens ist Jerusalem nur ein Bestandteil des Gesamtkonfliktes, und die Stellung der Stadt und damit die Bereitschaft, hier Kompromisse zu schließen hängt stark von den großen nationalen Zielen und der Einschätzung ab, wie (und wie weit) diese umgesetzt werden können. Während so vor 1967 eine Teilung der Stadt oder ihre Internationalisierung von Seiten der arabischen Staaten abgelehnt wurde, da dies mit der Anerkennung des jüdischen Staates einhergegangen wäre, war es nach 1967 Israel, das nur noch wenig Notwendigkeit sah, die eigenen Ansprüche zu reduzieren. Unterhalb dieser strategischen Überlegungen bot Jerusalem jedoch auf Grund seiner hohen symbolischen Bedeutung immer wieder Möglichkeiten und Anreize, gerade für marginalisierte Gruppen, politische Prozesse in Richtung der eigenen Agenda zu verschieben. Die israelischen Siedlungsaktivitäten sind ein hervorstechendes Beispiel, aber auch extremistische palästinensische Gruppen wurden in Jerusalem aktiv, um ihr Prestige innerhalb der palästinensischen Nationalbewegung zu steigern. Hierfür bieten die Konzentration von Anschlägen in Jerusalem während der zweiten Intifada ein starkes Indiz. Instrumentelle Ansätze bieten für solche Dynamiken gute Erklärungsmuster.

Gleichzeitig lassen sich die in den sozial-psychologischen Ansätzen dargestellten Muster im Polarisierungsprozess der kollektiven Identitäten ausmachen. Ereignisse in der Stadt werden in der Regel gemäß einer „Wir-gegen-sie“-Logik interpretiert. Bereits „weiche“ Faktoren wie Stadtplanung, archäologische Ausgrabungen oder städtische Dienstleistungen werden beinahe ausschließlich als politische Instrumente genutzt und betrachtet, häufig in existenziellen Ausmaßen: Viele Palästinenser sehen sich konstant der vermeintlich mit Vernichtungsabsichten betriebenen Politik der „Judaisierung“ gegenüber; Israelis fürchten mitunter in den Versuchen, die historische Verbindung zwischen Jerusalem und dem jüdischen Volk zu leugnen, das „wahre Gesicht“ des Feindes zu erkennen, der die Delegitimierung als Vorstufe der Vernichtung des jüdischen Staates betreibt.

Außerdem hat sich seit Beginn des Konfliktes die Beständigkeit der identitären Bindungen beider Konfliktparteien an die Heilige Stadt gezeigt. Weder die frühen Zionisten noch Israel konnten diese emotionalen Bindungen einfach „wegmanipulieren“: Erstere mussten Mittel und Wege finden, der Sehnsucht vieler Juden nach Jerusalem stattzugeben, ohne dabei das Ziel des eigenen Staates zu verspielen; letzteres muss

erkennen, dass auch die Abtrennung der Stadt vom Westjordanland nicht dazu führt, dass die Palästinenser ihre Ansprüche auf Al-Quds (Jerusalem, arabisch: „die Heilige“) fallenlassen.

Vor dem Hintergrund dieser sich über die Jahrzehnte zugespitzten Polarisierung muss ein Vorschlag zur Lösung des Konfliktes daher zwei Bedingungen erfüllen, um tragfähig zu sein: Es müssen Möglichkeiten zur Depolarisierung der nationalen Identitäten genutzt oder geschaffen und gleichzeitig ein Kompromiss zwischen den identitären und materiellen Grundbedürfnissen der Konfliktparteien im Ganzen, aber auch der Stadtbewohner im Speziellen erzielt werden.

Als Grundbedürfnisse lassen sich dabei trotz ihrer Umstrittenheit mindestens die folgenden identifizieren: die Anerkennung der jeweiligen historisch-kulturellen Bindungen im Rahmen einer doppelten Hauptstadtregelung, die eigenständige Kontrolle über die jeweiligen Heiligen Stätten, die Inklusion derjenigen Bevölkerungsteile, die dem jeweiligen nationalen Kollektiv zugerechnet werden sowie die Möglichkeit zur zukünftigen Stadtentwicklung. Gleichzeitig müssen Gewalttaten dringend vermieden werden, da sie eine Depolarisierung unmöglichen machen. Die augenscheinliche Banalität dieser Einlassungen verliert sich, sobald ihre Konsequenzen in Rechnung gestellt werden: Wie die Erfahrung mit der Sperranlage gezeigt hat, können massive physische Barrieren zumindest teilweise tatsächlich dazu beitragen, dass potentielle Gewalttäter von Anschlägen an besonders heiklen, symbolträchtigen Orten abgehalten werden. Gleichzeitig aber wurde offenbar, dass diese Sicherheit erkaufte wird, indem die ökonomischen, politischen, sozialen und religiösen Bedürfnisse einer der beiden Konfliktparteien ignoriert werden.

Das aus diesen Bedingungen entstehende Dilemma ist innerhalb einer „Insellösung“ für Jerusalem letztlich auch nicht zu überbrücken. Die einzige Möglichkeit, dennoch zu einem Ausgleich über die Stadt zu kommen, bietet sich im Rahmen eines „Gesamtpakets“. Hierbei sind die identitären Zuschreibungen auf Jerusalem in Rechnung zu stellen. Im Hinblick auf ihre Bedeutung für die nationale Identität hat für die Palästinenser nur das „Recht auf Rückkehr“ der Flüchtlinge eine ähnlich hohe Bedeutung wie eine Hauptstadt in Jerusalem. Für Israel jedoch ist Flexibilität in diesem letzten Streitpunkt, d.h. eine Anerkennung des Rechts und damit ggf. die massenweise Zuwanderung von Palästinensern nach Israel quasi unmöglich, da es letztlich die Existenz des Staates in Frage stellt. Daher haben zahlreiche Beobachter des Nahost-Friedensprozesses zu Recht darauf hingewiesen, dass die Inflexibilität, die Israel in Bezug auf die Flüchtlingsfrage unweigerlich an den Tag legt, dazu dienen könnte, seine Bereitschaft zu erhöhen, in Jerusalem Zugeständnisse zu machen. So ist es auch wenig erstaunlich, dass US-Präsident Barack Obama jüngst vorschlug, diese beiden Problemkomplexe gemeinsam zurückzustellen und sich zunächst über Grenzen und Sicherheitsarrangements zu einigen, um so möglichst bald zu einem unabhängigen Staat Palästina an der Seite Israels zu kommen. Obwohl es begründete Vorbehalte gegen einen solchen Stufenansatz gibt, zeigt er deutlich, wo die identitär besonders belasteten Konfliktgegenstände liegen und dass sie unabhängig voneinander wohl nicht zu bewältigen sind. Daher können auch die in diesem Report vorgestellten

Lösungsvorschläge nicht als in sich akzeptable Angebote gelesen werden, sondern lassen sich nur im Rahmen eines umfassenden Friedensvertrages denken. Doch selbst unter diesem Caveat bleibt jeder einzelne von ihnen eine Wahl zwischen Pest und Cholera.

So bieten die von der Genfer Initiative gemachten Vorschläge einerseits die Möglichkeit, dass sich in Jerusalem tatsächlich die Hauptstädte zweier Staaten mit klaren Grenzen entwickeln. Allerdings wären sie genau das: zwei Städte, Yerushalaim und Al-Quds, so wie es das Abschlussdokument auch namentlich benennt. Das wirft jedoch im Umkehrschluss die Frage auf, wie eine derartig geteilte Stadt funktionieren könnte, noch dazu eine, die auf Grund ihrer Wirtschafts- und demographischen Struktur und ihres kulturellen Stellenwertes hochgradig vom Tourismus abhängig ist. Bekanntermaßen liegen die touristischen Anziehungspunkte nahezu alle „am Saum“ der beiden zukünftigen Staaten, nämlich in und um die Altstadt herum in der Nähe der Grünen Linie. Was von dem „göttlichen Jerusalem“ noch übrig bliebe, wenn es durch Zäune, Grenzposten und Sicherheitsanlagen zerteilt würde, ist schwer vorstellbar. Diese Bedenken treffen den Geneva Accord an seiner Schwachstelle, nämlich der relativen Missachtung von „irrationalen“ Ansprüchen in Jerusalem.

So mag das Abkommen auf israelischer Seite zwar linken, säkularen Kreisen noch zumutbar erscheinen, aber es hat eher wenig Potential zu Rechten und (National)Religiösen zu sprechen. Da diese Gruppen nicht nur im politischen Gefüge in Israel insgesamt in den letzten Jahren an Einfluss gewonnen haben, sondern gerade in Jerusalem die Mehrheit stellen, könnte sich ihre Marginalisierung selbst im Falle einer Umsetzung der Genfer Initiative als Genickbrecher für einen Friedensprozess erweisen. Wie sich in der Vergangenheit gezeigt hat, lassen sich Konfrontationen gerade in Jerusalem leicht provozieren und für weitreichendere politische Zwecke instrumentalisieren.

Vielleicht von der Furcht vor derartigen politischen Widerständen oder aber von dem Gedanken abgeschreckt, die Stadt durch Grenzanlagen in ihrem Kern zu zerschneiden, schwebte Präsident Clinton in seinen ursprünglichen Parametern auch eine „offene und ungeteilte“ Stadt vor. Leider blieb unklar, wie diese in die Praxis aussehen sollte. Von anderer Seite wurde vorgeschlagen, nicht die Bewegungsfreiheit innerhalb der Stadt einzuschränken, sondern vielmehr den Zugang nach bzw. die Ausreise aus Jerusalem zu kontrollieren (z.B. Nusseibeh 2007: 42). Damit würden Sicherheits- und Grenzkontrollen nicht im engen Herzen der Stadt stattfinden, und ihre Bewohner und alle Besucher könnten, einmal dort angekommen, ungehindert von Ost nach West gelangen, etwa zur Arbeitsstelle oder zu den Heiligen Stätten. Der besondere Charakter der Stadt als heiliger oder zumindest kulturell bedeutsamer Ort für Millionen von Menschen weltweit bliebe dabei relativ intakt. Die Teilung der Souveränität wäre davon nicht betroffen, nach wie vor müsste eine Einigung darüber erfolgen, wer letztlich die staatliche Hoheit über welche Gebiete (und/oder Bewohner) der Stadt beanspruchen könnte. Zur Aufteilung der Altstadt könnten dabei sowohl eindeutige Zuordnungen nach Vorbild der Genfer Initiative vereinbart werden oder Management-Parameter im Sinne des Special Regimes. Die Offenheit des Regimes hätte dabei den Vorteil, dass sie den Verhandelnden gegenüber dem eigenen Publikum rhetorische Rückzugsräume bietet, falls die Vorschläge

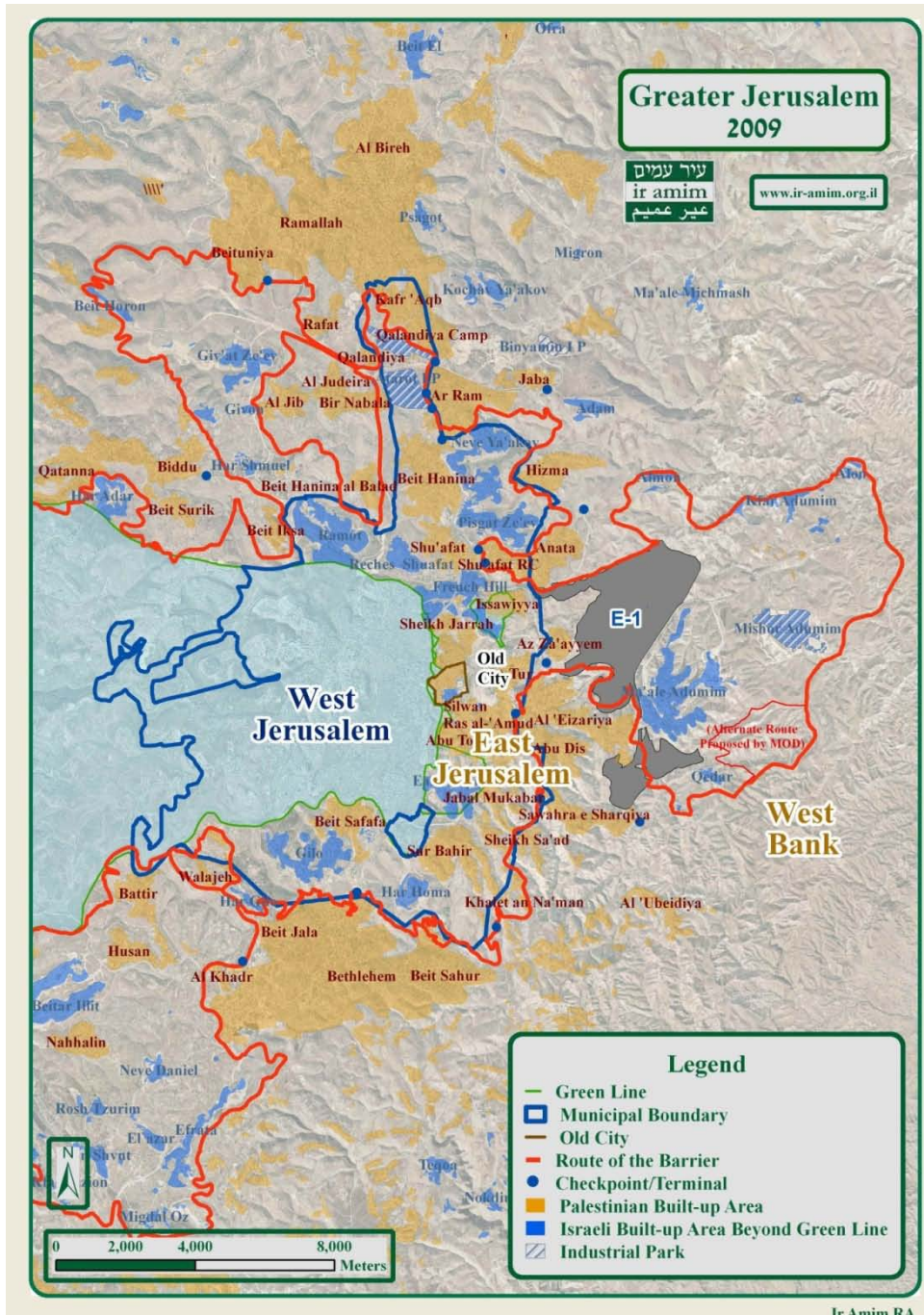
frühzeitig publik werden (was in Zeiten von Wikileaks und Palestine Papers zunehmend unvermeidlich erscheint). Indem das Regime die „Grenzen des Denkbaren“ ausloten lässt, ohne von Anfang an absoluten Souveränitätsverzicht auf einige hoch sensible Orte, etwa den Tempelberg, zu verlangen, kann es zu dem notwendigen Entpolarisierungsprozess in Bezug auf die Jerusalemfrage beitragen.

Die größten Schwierigkeiten stellen unter einem solchen Arrangement der offenen Grenzen innerhalb der Stadt sicherlich die Sicherheitsfrage und die Möglichkeit zur Entwicklung eines echten „Hauptstadtcharakters“ dar: Wenn beim Betreten und Verlassen Jerusalems Kontrollen von Personen und Waren notwendig sind, leidet die ökonomische und kulturell-soziale Dynamik beinahe zwangsläufig, zumal es in beiden Staaten mit Tel Aviv und Ramallah alternative Zentren gibt. In Sachen Sicherheit könnte man optimistisch einwenden, dass selbst das israelische Sicherheitsestablishment die Gefahr, die von palästinensischen Jerusalemern ausgeht, vergleichsweise geringer einzuschätzen scheint, als die von Palästinensern aus anderen Gebieten. Jedenfalls lässt der Verlauf der derzeitigen Sperranlage das vermuten, und auch die oben dargestellten Erfahrungen während der zweiten Intifada deuten in diese Richtung. Zudem könnten die strukturellen Veränderungen, die mit einem Friedensabkommen einhergehen, dazu beitragen, einen nachhaltigen Depolarisierungsprozess einzuleiten.

Insgesamt sollte aber klar geworden sein, dass keiner der vorgestellten Ansätze – Teilung der Souveränität durch Mauern, Zäune und Soldaten innerhalb der Stadt oder an ihren Grenzen – besonders verlockend ist. Trotzdem ist eine Entscheidung für eine der beiden Alternativen unausweichlich, wenn in näherer Zukunft eine Lösung des Konfliktes im Rahmen eines umfassenden Abkommens angestrebt werden, und Jerusalem seines Namens – Stadt des Friedens – endlich würdig sein soll.

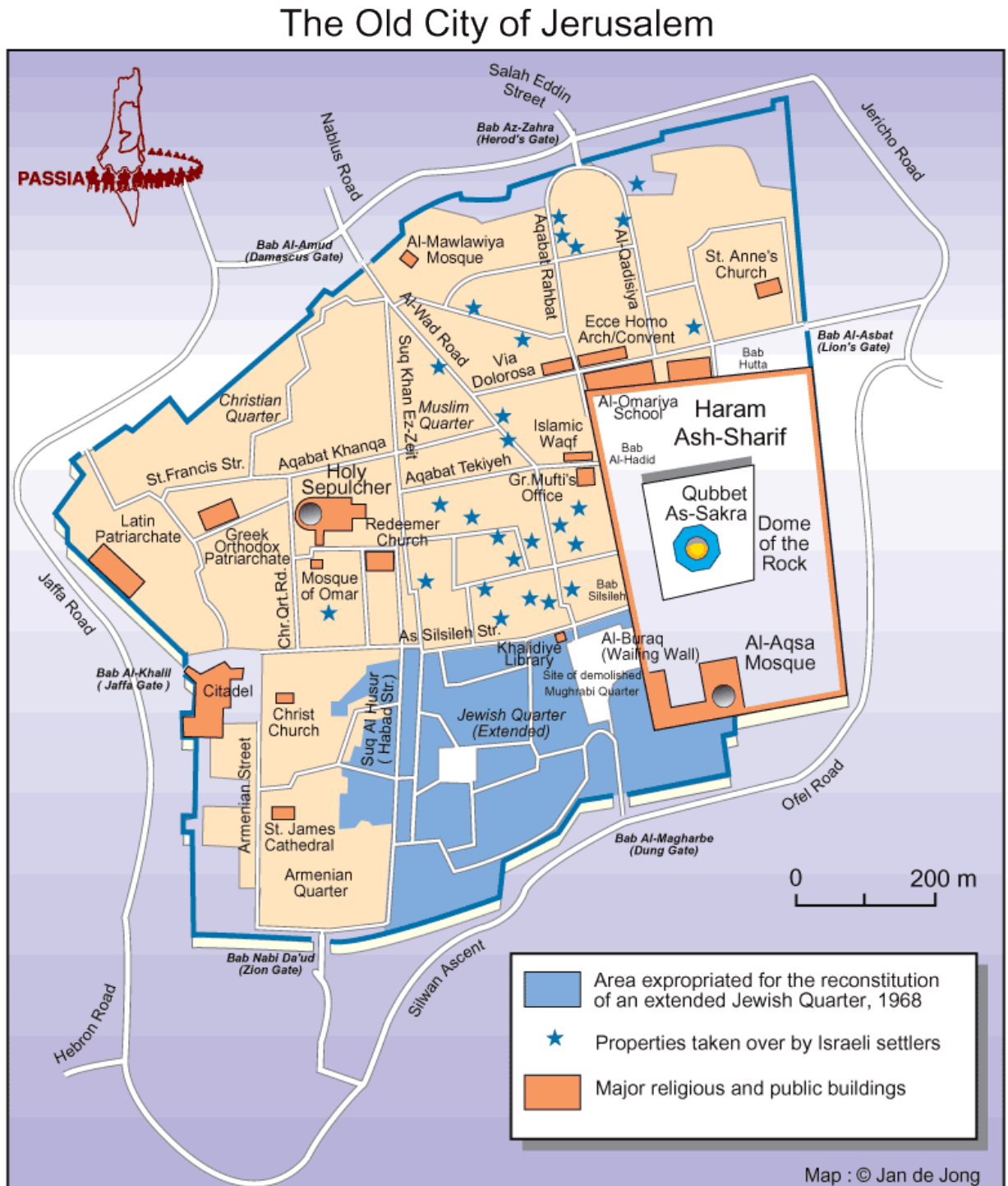
Anhang

Karte 1: Großraum Jerusalem 2009



Quelle: Ir Amim 2009: Greater Jerusalem, in: www.ir-amim.org.il/Eng/_Uploads/dbsAttachedFiles/GreaterJerusalem2009Eng.JPG (27.2.2012)

Karte 2: Altstadt von Jerusalem



Quelle: PASSIA 2001: *The Old City of Jerusalem*, in: www.passia.org/palestine_facts/MAPS/images/jer_maps/old_city.html (27.2.2012).

Literatur

- Anderson, Benedict* 1983: *Imagined Communities. Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*, London.
- Baumgart-Ochse, Claudia* 2008: *Demokratie und Gewalt im Heiligen Land. Politisierte Religion in Israel und das Scheitern des Osloer Friedensprozesses*, Baden-Baden.
- Bell, Michael D./Kurtzer, Daniel C./Kumar, Prem G.* 2009: *The Missing Peaces*, in: *Foreign Affairs*, 88, 2.
- Bercovitch, Jacob* 2007: *A Neglected Relationship: Diasporas and Conflict Resolution*, in: *Smith, Hazel/Stares, Paul (Hrsg.): Diasporas in Conflict. Peace Makers or Peace Wreckers?* Tokyo, 17-38.
- B'Tselem (Hrsg.)* 1997: *A Policy of Discrimination. Land Expropriation, Planning and Building in East Jerusalem*, B'Tselem Report, Nr. 15, Januar 1997, Jerusalem.
- B'Tselem* 2009 in: www.btselem.org/jerusalem/20090806_sheikh_jarah_evacuation (29.6.2011).
- B'Tselem o.J.*: *Planing and Building*, in: www.btselem.org/planning_and_building/east_jerusalem_statistics (23.9.2011).
- Dumper, Mick/Pullan, Wendy* 2010: *Jerusalem: the Cost of Failure*, Chatham House Briefing Paper, 2010/3, London.
- Cohen, Hillel* 2011: *The Rise and Fall of Arab Jerusalem. Palestinian politics and the city since 1967*, London/New York.
- Coleman, Peter T./Lowe, Krister* 2007: *Conflict, Identity, and Resilience: Negotiating Collective Identities within the Israeli and Palestinian Diasporas*, in: *Conflict Resolution Quarterly*, 24, 4, 377-412.
- Der Spiegel* 1996: *Pfahl in unserem Fleisch. Interview mit dem Mufti von Jerusalem über verletzen Nationalstolz, Religion und Gewalt*, 41, 175-177.
- Druckman, Daniel* 1994: *Nationalism, Patriotism, and Group Loyalty: A Social Psychological Perspective*, *Mershon International Studies Review*, 38, 1, 43-68.
- Dumbrell, John* 2009: *Clinton's Foreign Policy: Between the Bushes, 1992-2000*, London/New York.
- Dumper, Michael* 1997: *The Politics of Jerusalem since 1967*, New York, NY.
- Dumper, Michael/Pullan, Wendy* 2010: *Jerusalem: The Cost of Failure*, London.
- Fearon, James D./Laitin, David D.* 2000: *Violence and the Social Costruction of Ethnic Identity*, in: *International Organization*, 54, 4, 845-877.
- Fraser, Nancy* 1998: *Social Justice in the Age of Identity Politics: Redistribution, Recognition, Participation*, Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung: Discussion Paper FS I 98-108.

- Geneva Initiative* 2003: Geneva Accord, Genf.
- Geneva Initiative* 2003: Cover Letter, Genf.
- Geneva Initiative* 2009: Annex 05: Jerusalem: Urban Challenges and Planning Proposals, in: www.geneva-accord.org/mainmenu/geneva-initiative-annexes (5.10.2011).
- Human Rights Watch (HRW)* 2002: Erased in a Moment: Suicide Bombing Attacks Against Israeli Civilians, New York, NY.
- Ir Amim* 2007: The Character of Settlements in East Jerusalem, in: www.ir-amim.org.il/Eng/?CategoryID=195 (12.12.2011).
- Ir Amim* 2007a: What is East Jerusalem?, in: www.ir-amim.org.il/Eng/?CategoryID=241 (12.12.2011).
- Ir Amim* 2008: Press for the Peace of Jerusalem? Israeli Media Coverage of the Jerusalem Issue, in: www.ir-amim.org.il/Eng/?CategoryID=254 (12.12.2011).
- Ir Amim* 2009a: Evictions and Settlement Plans in Sheikh Jarrah: The Case of Shimon HaTzadik, in: www.ir-amim.org.il/Eng/?CategoryID=339&ArticleID=914 (1.12.2011).
- Ir Amim* 2009b: Israeli Settlement in Palestinian Communities in East Jerusalem. Snapshot August 2009, in: www.ir-amim.org.il/Eng/_Uploads/dbsAttachedFiles/NewSettlementsEng.pdf (1.12.2011).
- Israel Ministry of Foreign Affairs (IMFA)* 2002: Security Forces Capture Terrorist Cell Involved in Major Terror Attacks in Jerusalem, in: www.mfa.gov.il/MFA/Government/Communiques/2002/SecurityProzent20forcesProzent20captureProzent20terroristProzent20cellProzent20involvedProzent20in (29.10.2011).
- Jenkins, J. Craig/Gottlieb, Esther E.(Hrsg.)* 2007: Identity Conflicts. Can Violence be Regulated? New Brunswick/London.
- Jepperson, Ronald/Wendt, Alexander/ Katzenstein, Peter* 1996: Norms, Identity and Culture in National Security, in: Katzenstein, Peter (Hrsg.): The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics, New York, NY, 33-75.
- Jerusalem Old City Initiative (JOCI)* 2008: Governance Discussion Document: A Special Regime for the Old City of Jerusalem, in: www.uwindsor.ca/joci/system/files/governance-discussion.pdf (12.12.2011).
- Johannsen, Margret* 2001: Jerusalem: Zu heilig für den Frieden?, in: Mutz, Reinhard/Schoch, Bruno/Ratsch, Ulrich (Hrsg.): Friedensgutachten 2001, 44-55.
- Johannsen, Margret* 2006: Der Nahostkonflikt, Wiesbaden 2006.
- Kimhi, Israel/Choshen, Maya/Assaf-Shapira, Yair* 2006: Jerusalem as a Component of Israel's National Strength. Indicators of the State of the Capital, and a View to the Future, Position Paper, Jerusalem Institute for Israel Studies, Jerusalem.
- Kollek, Teddy* 1977: Jerusalem, in: Foreign Affairs, 55, 4, 701-716.
- Kollek, Teddy* 1981: Jerusalem: Present and Future, in Foreign Affairs, 59, 5, 1041-1049.

- Kriesberg, Louis* 2003: *Constructive Conflicts. From Escalation to Resolution*, Lanham, MD.
- Lake David A./Rothchild, Donald (Hrsg.)* 1998: *The International Spread of Ethnic Conflict. Fear, Diffusion, and Escalation*, Princeton, NJ.
- Levine, Rachel* (09.10.2009): *Al Aqsa in Danger*, in: *Haaretz Online*, www.haaretz.com/print-edition/opinion/al-aqsa-in-danger-1.6398 (27.6.2011).
- Münch, Peter* 2011: *Nächster Halt: Felsendom*, in: *Süddeutsche Zeitung*, 81, 7.4.2011, 10.
- Nusseibeh, Sari/ Sabella, Bernard/Reiter, Yitzhak* 1995: *Jerusalem – Religious Aspects*, PASSIA Publications on Jerusalem, Nr. 88, Jerusalem.
- Nusseibeh, Sari Anwar* 2007: *Final Status: Jerusalem and Return*, James A. Baker III Institute for Public Policy, Okt. 2007, Houston, TX.
- Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs (PASSIA)* 2009: *Jerusalem. Israeli Settlement and Related Policies*, Jerusalem.
- Palestinian Liberation Organization (PLO)* 2010: *Israeli Policies and Practices in Occupied East Jerusalem*, in: www.nad-plo.org/userfiles/file/FAQ/IsraeliProzent20PoliciesProzent20inProzent20EJProzent20_FINAL_.pdf (12.11.2011).
- Pechter Middle East Polls/Council on Foreign Relations* 2011: *The Palestinians of East Jerusalem: What do they really want?*, in: <http://pechterpolls.com/wp-content/uploads/2011/01/PMEP-E-Jerusalem-Highlights-with-Exec-Summary-Jan11-828pm-Eastern-DB-2.pdf> (12.9.2011).
- Querei, Ahmed* 2008: *Minutes from Bilateral and Trilateral US-PAL-ISR Sessions*
- Post Annapolis*, 29.07.2008, in: <http://transparency.aljazeera.net/document/3048> (12.12.2011).
- Ramon, Amnon (Hrsg.)* 2010: *The Historic Basin of Jerusalem. Problems and Possible Solution*, JIIS Studies Series, Nr. 408, Jerusalem.
- Reiter, Yitzhak* 2005: *From Jerusalem to Mecca and Back. The Islamic Consolidation of Jerusalem*, JIIS Studies Series, Nr. 105, Jerusalem.
- Schneider, Howard* 2010: *In East Jerusalem, a Defining Battle over Palestinian Ownership in Sheikh Jarrah*, in: *Washington Post Online*, 14.02.2010, www.washingtonpost.com/wpdyn/content/article/2010/02/13/AR2010021303451.html (29.6.2011).
- Segev, Tom* 2005: *Es war einmal ein Palästina. Juden und Araber vor der Staatsgründung Israels*, München.
- Shneydor, Yishai* 2010: *Options for National Government Intervention in Planning and Licensing Processes in East Jerusalem*, in: www.ir-amim.org.il/Eng/?CategoryID=254 (25.11.2011).
- Sloccum-Bradley, Nikki* 2008: *Promoting Conflict or Peace through Identity*, Aldershot.

United Nations Relief and Work Agency for Palestine Refugees (UNRWA) 2011: Shuafat Refugee Camp, in: www.unrwa.org/etemplate.php?id=121 (13.6.2011).

Vidal, Dominique/Rekacewicz, Philippe 2007: Endstation Herzlberg, in: *Le Monde diplomatique* online, 9.2.2007, www.monde-diplomatique.de/pm/2007/02/09.mondeText.artikel,a0042.idx,12 (14.11.2011).

Wasserstein, Bernhard 2007: Jerusalem. Der Kampf um die Heilige Stadt, Wiesbaden.

Watzal, Ludwig 2001: Feinde des Friedens, Berlin.

Weller, Christoph 1997: Collective Identities in World Society. Some Theoretical and Conceptual Considerations, World Society Research Group Working Paper 6, Darmstadt/Frankfurt.

Wolff, Stefan 2006: Ethnic Conflict. A Global Perspective, Oxford.

Zartman, William 2006: Negotiating Internal, Ethnic and Identity Conflict in a Globalized World, in: *International Negotiation*, 11, 253-272.